

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße Nr. 16b.
Telephonruf Nr. 3392.

Inserate
für die sechsgespaltene Colonelzeile oder deren Raum 80 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von **179200** Exemplaren erscheint diese Zlg.

Arbeiter als Minister.

Die Berufung von Arbeitern an die Spitze des Staates ist in demokratischen Gemeinwesen nichts neues mehr. Der Vizepräsident und Nachfolger Lincolns in der Präsidentschaft der amerikanischen Union, Johnson, war ein Schneider; der schweizerische Bundesrat Droz und der Genfer Regierungsrat Thibaud (Sozialdemokrat) waren Uhrenarbeiter, der schweizerische Bundesrat Hauser ein gelernter Gerber, der gegenwärtige sozialdemokratische Regierungsrat Wullschläger in Basel war ursprünglich ein kaufmännischer Angestellter. Neu ist die fast ausschließliche Zusammensetzung einer ganzen Regierung aus Arbeitern, wie das mit der gegenwärtigen Bundesregierung in Australien der Fall ist.

Wie das englische Mutterland eine Demokratie mit einem König als überflüssiges Dekorationsstück an der Spitze, so sind auch die australischen Kolonien demokratisch regierte und verwaltete Länder, insbesondere auch der vor wenigen Jahren gegründete australische Staatenbund. Der demokratische Charakter der australischen Kolonien war von dem günstigsten Einfluß auf die Entstehung der dortigen Arbeiterbewegung und auf die Entstehung und Entwicklung der sozialen Gesetzgebung, die mit ihrem Achtstundentag, freien Samstagmorgen, Minimallohn, Altersrente u. in der Tat an der Spitze der Sozialpolitik aller Länder marschiert und schon vor längerer Zeit Australien den Ehrentitel eines Arbeiterparadieses eingetragen hat, was es freilich trotz alledem nicht ist.

Der Aufschwung der sozialen Gesetzgebung hing mit der frühzeitigen Erlangung von politischem Einfluß der Arbeiter auf die Gesetzgebung zusammen und die fortschreitende Stärkung der Arbeiterpartei hat nun auch zu der Arbeiterregierung geführt. Vor wenigen Monaten wurde die seitherige Regierung, die in den Händen der Schutzöllner lag, von den Freihändlern und der Arbeiterpartei gestürzt, und zwar gab dazu den unmittelbaren Anlaß die Schiedsgerichtsvorlage, durch die die Regierung die beabsichtigten Verzahnungs- und Schiedsämter auf die Arbeiter der Privatbetriebe beschränken wollte, während die Arbeiterpartei ihre Ausdehnung auf alle Arbeiter, also auch auf die in den Staatsbetrieben beschäftigten, forderte. Der bezüglichen Antrag der Arbeiterpartei im Bundesparlament (Reichstag) bekämpfte die Regierung, während ihm die Freihändler zustimmten und er so mit 38 gegen 29 Stimmen Annahme fand. Daraufhin trat die Regierung zurück und der Generalgouverneur Lord Northcote lud John Watson, den Führer der Arbeiterpartei, ein, ein neues Kabinett zu bilden, was er denn auch tat. Watson, selbst früher Arbeiter, berief weitere fünf Arbeiter und einen Juristen in seine Regierung, so daß dieselbe aus sechs Arbeitern und einem Juristen besteht. Über die einzelnen Minister werden folgende biographische Angaben gemacht: Der Premier- und Finanzminister John C. Watson begann seine Laufbahn als Seher in Neu-Süd-Wales. Als Zwanzigjähriger wurde er ein eifriges Mitglied der Trade Unions und predigte von Anfang an die Lehre, daß die Arbeiter ihre Lage nur dadurch bessern könnten, daß sie sich der „parlamentarischen Maschine“ bemächtigten. Bei den allgemeinen Wahlen von 1894 wurde Watson, der mittlerweile die Stelle eines Sehers mit derjenigen eines Journalisten vertauscht hatte, zum Abgeordneten für den Landbezirk Young gewählt. Man schrieb diesen Erfolg lediglich seinen persönlichen Vorzügen zu. Seit der Errichtung des Bundesparlamentes hat Watson stets in demselben gesessen. — Der neue Minister des Äußern, M. W. Hughes, war früher Schneider in London. Nachdem er sich in Sydney niedergelassen hatte, schloß er sich den Trade Unions an. Er ist 40 Jahre alt und gehört dem Parlament ebensolange an wie Watson. Hughes gilt für einen ausgezeichneten Debatter. — Der Attorney-General F. B. Higgins, das einzige nicht zur Arbeiterpartei gehörige Mitglied des Ministeriums, soll radikalere Ansichten haben als alle übrigen neuen Minister. Er ist 50 Jahre alt und hat eine ausgedehnte Advokatenpraxis. — Der Minister für Handel und Zölle, A. Fisher, begann seine Laufbahn als Grubenarbeiter und gab dann ein kleines Wochenblatt, Die Truth, heraus. — Der Minister für die Verteidigung, A. Dawson, war früher Goldgräber. — Der Generalpostmeister Hugh Mahon war ein irischer Journalist, der vor etwa zehn Jahren nach Australien ging und dort verschiedene Zeitungen auf den Goldfeldern herausgab. Er wurde weiteren Kreisen durch einen Prozeß bekannt, der ihm gemacht wurde, weil er in seinen Blättern große Betrügereien an den Staats-

bahnen enthüllt hatte. Er ist ein frommer Katholik und eifriger Homeriker. — Der Vizepräsident des Federal Executive Council, A. G. Mc. Gregor, zählt fast 60 Jahre und ist das älteste Mitglied des Kabinetts. Er war ursprünglich Arbeiter auf einer südaustralischen Schafzuchterei und verlor sein Augenlicht durch einen Unfall beim Holzhausen. Er ist blind, hat aber ein wunderbares Gedächtnis und ist ein guter Redner. Er genießt die Achtung aller Parteien.

Die australische Arbeiterpartei ist keine sozialdemokratische Partei, sondern eine bürgerliche Reformpartei, aber natürlich eine Partei der Reformen zugunsten der Arbeiter. Das zeigt auch ihr Programm, das anlässlich der Neuwahlen zum Bundesparlament im Dezember 1902 als Arbeitsprogramm aufgestellt wurde und das folgende Forderungen enthält: Aufrechterhaltung eines weißen Australiens, obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren, Alterspension, Nationalisierung der Monopole, Bürgerwehr, Verminderung der öffentlichen Schuld, Schiffsahrtsgesetzgebung: a) zum Schutze der australischen Schifffahrt gegen unlautere Konkurrenz; b) Registrierung aller Schiffe, die im Küstenhandel Verwendung finden; c) hinreichende Bemannung der Schiffe; d) genügende Ausrüstung mit den notwendigen Gerätschaften, insbesondere solcher zum Zwecke der Rettung Schiffbrüchiger; e) die Regelung der Arbeitszeit und der sonstigen Arbeitsbedingungen; f) angemessene Einrichtung und Verpflegung für Passagiere und Seeleute; g) angemessene Ladelinie und Kontrolle derselben; Errichtung einer Bundes-, Depositen- und Zettelbank, eines Lebens- und Steuerungsdepartements; die Leitung jeder dieser Abteilungen hat frei von politischem Einfluß zu bleiben; Bundespatentgesetz, besonders Herbeiführung einer Vereinfachung und Verbilligung der Eintragung von Patenten, gleichmäßige gewerbliche Gesetzgebung, Änderung der Verfassung, um diese herbeizuführen, Errichtung eines staatlichen Arbeitsamtes unter Leitung eines verantwortlichen Ministers, Verbesserung der Fabrik- und Werkstätten-Gesetzgebung, Ausdehnung derselben auf Schererrhätten, gesetzlicher Achtstundentag, Verbesserung der Berggesetzgebung, Maschinriegelgesetzgebung, Kesselsinspektion (auch auf dem Lande), Minimallohn und Abschaffung der Akkordarbeit (wo durchführbar) in den Staatswerkstätten, Arbeiterunfallversicherungsgesetz, Frühladenschlußgesetz mit einem halben Ruhetag jede Woche, Lohnschutzgesetz und Regelung des Kellensrechts, Schaffung staatlicher Einrichtungen, in welchen arbeitslose Personen rechtlichen Anspruch auf Arbeit erheben können, Staatsaufsicht über Banken und Versicherungsgesellschaften, Beseitigung der staatlich unterstützten Einwanderung, Aufhebung des politischen Arbeitsgesetzes und Ausschluß der farbigen Afrikaner und ähnlicher Arbeiter, Revision der Eisenbahntarife. Dann kommen demokratische Forderungen: allgemeines und gleiches Wahlrecht, öffentliche Feiertage als Wahltage, Beseitigung des gesetzgebenden Rates (offenbar sogenannte erste Kammer), Initiativ- und Referendum, Wahl der Gouverneure der Bundesstaaten; ferner Steuerreform mit Entlastung der unbemittelten Volksschichten und Progression von 6000 Mk. Vermögen beziehungsweise 4000 Mk. Einkommen an, Verhütung der Landkonzentration (das heißt des Großgrundbesitzes), Schutz der Heimstätten vor der Verschlagnahme wegen Schulden, Erhaltung der Staatsländereien, Staatskontrolle über natürliche und künstliche Wasseransammlungen, Staatsbank, Nationalmärkte und Lagerhäuser, Verstaatlichung der Eisenbahnen, der Zuckerraffinerien, Quarzmühlen und Schmelzwerke, Muehlen, Schlächtereien und Gefrierwerke, Fabrikation des Eisenbahnmateriale durch den Staat, staatliche Feuer- und Lebensversicherung, Staatshilfe für Edelsteinbergbau, staatliche Kontrolle über Fabrikation, Einfuhr und Verkauf von alkoholischen Getränken (Alkoholmonopol). Auf dem Gebiet des Unterrichtes werden gefordert: obligatorischer unentgeltlicher Unterricht in den Volksschulen, fakultativer unentgeltlicher Unterricht in den höheren Schulen.

Ein ungemein reichhaltiges Programm, das nicht nur rein demokratisch, sondern bis zu einem gewissen Grade auch sozialistisch, in seinen Grundgedanken allerdings national ist. Nach seiner Erklärung im Abgeordnetenhaus will der Ministerpräsident Watson vor allem das Schiedsgerichtsgesetz unter Einbeziehung der Staatsarbeiter, das Alterspensionsgesetz und ein Gesetz betreffend Einführung des Tabakmonopols im Parlament zur Erledigung bringen. Zu bemerken ist hierzu wie zu dem Gesamtprogramm, daß zahlreiche dieser Postulate in den einzelnen Kolonien heute schon geregelt sind und es jetzt nun gilt, sie auch durch Bundesgesetz zu regeln. Es ist hier das gleiche Verhältnis von Kolonien und Bundesstaat wie in Deutschland das der Einzelstaaten zum Reiche, in der Schweiz das der Kantone zum Bunde.

Die Tätigkeit der neuen Arbeiterregierung in Australien darf man mit Interesse verfolgen. Einmal schon im Hinblick darauf, daß im Repräsentantenhaus mit 75 Mitgliedern nur 22 Arbeitervertreter, dagegen 26 Schutzöllner (frühere

Ministerielle) und 27 Freihändler (frühere Opposition), im Senat auf 36 Mitglieder 14, 8 und 14 sitzen, die Arbeiterpartei also nur, wie jede der beiden bürgerlichen Parteien, eine Minderheitspartei ist, die zur Regierungsfähigkeit die Unterstützung einer der beiden bürgerlichen Parteien braucht. Die Freihändler haben zwar mit der Arbeiterpartei die Regierung der Schutzöllner gestützt, wieweit sie aber die Arbeiterpartei als Regierungspartei unterstützen werden, bleibt abzuwarten. Bereits haben die Führer der beiden bürgerlichen Parteien Besprechungen gehabt zur Bildung einer Koalition, um die Regierung zu stützen, aber es wurde noch keine Einigung erzielt. Sollte es aber dazu kommen und der Regierung Schwierigkeiten entstehen, wäre es nicht unmöglich, daß sie das Parlament auflöste und unter der Parole der Arbeiterpolitik Neuwahlen vornehmen ließe. Immerhin würde nach Lage der Dinge die plötzliche Nachricht von einem Sturze der Regierung nicht überraschen, und sie würde auch gar nichts weiter bedeuten, als daß eine Arbeiterregierung nur mit einer Arbeitermehrheit im Parlament möglich beziehungsweise existenzfähig sein kann.

Interessant bleibt die Tatsache einer vollständigen Arbeiterregierung als Beweis für den unaufhaltsamen Vormarsch der Arbeiterbewegung auf alle Fälle und ein wichtiger Markstein in der Geschichte der Klassenkämpfe.

Zur Praxis des Prämienystems.

Das Juniheft des Monthly Journal des britischen Maschinenbauerverbandes bringt u. a. folgenden Nachschreib:

Prämien system.

Unsere Organisation ist plötzlich mit dem genannten Ausbeutungssystem überrascht worden, ohne daß uns ein Mitbestimmungsrecht in der Sache eingeräumt oder eine Warnung vorher zugegangen wäre, was uns bevorstand. In unserem Monatsbericht vom Oktober 1902 wurde uns mitgeteilt, daß das Abkommen zwischen unserem Hauptvorstand als Vertreter des Verbandes einerseits und der Unternehmervereinigung andererseits¹ nur ein provisorisches sein solle. Vom theoretischen Standpunkt aus wurde Dr. Sidney Webb zitiert und vom praktischen Standpunkt aus — niemand. Von der genannten Autorität wurde uns erzählt, daß es das gerechteste System zur Bezahlung der Arbeit sei und daß jedermann entsprechend seinen Fähigkeiten entlohnt werde. Als eine andere große Sache wurde es bezeichnet, daß keinerlei Verkürzung des Preises oder der Zeitfestsetzung zur Ausführung einer Arbeit eintreten solle, wenn nicht der Unternehmer eine neue, arbeitssparende Methode zur Verrichtung der Arbeit einführe.

Jetzt, nachdem ich über 18 Monate unter diesem besonderen System gearbeitet habe, glaube ich, daß ich es ein wenig von seiner praktischen Seite kennen gelernt habe. Die Wurzel alles Übels ist das Gefühl der Eifersucht, das es unter unseren Mitgliedern erzeugt, was ohne Zweifel den Unternehmern sehr erwünscht ist. Die festgesetzte Zeit heißt man „vereinbarte Zeit“; sie ist aber nicht vereinbart zwischen dem Arbeiter und dem Unternehmer oder dessen Stellvertreter, sondern zwischen dem Kalkulator und dem Werksführer, die sich gegenseitig darin zu übertreffen suchen, die Zeit so niedrig wie möglich anzugeben. Oftmals wird die Zeit erst nach der Vollendung der Arbeit festgesetzt, manchmal stehen die Worte „im Lohn“ in der betreffenden Rubrik des Arbeitszettels, manchmal steht da auch die wirklich verbrauchte Zeit. Hierbei tritt so recht das „bone-us“ zutage.² Sie empfangen 25, 50 oder 75 Prozent von dem Überschuss der „vereinbarten“ Zeit über die wirklich verbrauchte Zeit. Es existiert jedoch keine Liste, womit ein Arbeiter die Zeitangabe auf seiner Karte (wenn er überhaupt eine solche empfängt) vergleichen und nachsehen kann, ob ihm die Zeit bewilligt ist, die für die Arbeit früher festgesetzt worden ist. Es gibt ferner kein Schiedsgericht, das einem Arbeiter zu seinem Rechte verhelfen kann, wenn die Zeit erst nach beendeter Arbeit festgesetzt wird. In einigen Betrieben ist es nicht erlaubt, die erledigten Arbeitskarten abzuschreiben, damit man sich am Ende der Woche eine Übersicht über seinen Verdienst verschaffen könnte (der Werksführer und der Kalkulator tun dies aber sehr wohl), während sie insgedessen bald gänzlich im Dunkeln tappen, wenn sie am Ende der Woche ihren Verdienst zu berechnen versuchen. Noch nie ist die Zeit zur Ausführung einer Arbeit verlängert worden (ausgenommen, wenn es sich darum handelte, die Unfähigkeit des Kalkulators oder des Werksführers zu vertuschen), wohl ist die Zeit aber verkürzt worden, wenn ein neuer Arbeiter anfing.

¹ Siehe Metallarbeiter-Zeitung, 1902, S. 315, unter England.
² Der Verfasser erfindet hier ein Wortspiel. Das Prämienystem wird im Englischen auch „bonus“ genannt. Der Verfasser macht daraus das in der Aussprache nur wenig abweichende „bone-us“, das heißt: „bestiät uns“.

Es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß dieses System zum großen Teil daran schuld ist, daß wir wöchentlich 6% Zinsen für Arbeitslosenunterstützung zahlen müssen. Das System ist nur in der Theorie gut, uns gegenüber wird es zum „bons-us“.

Ich bin Ihr brüderlicher Arthur Taylor (Barrow, 6. Zweigverein).

Das Reichsgericht über Tarifverträge.

Das Reichsgericht hat am 30. April dieses Jahres über Tarifverträge eine Entscheidung gefällt, die die wirklichen Zusammenhänge des gewerblichen Lebens geklärt und eine Klärung der Verhältnisse gegen die Fortschritt der deutschen Gewerkschaften auf tariflichen Gebiet bedeutet. Das Urteil betrifft eine Strafsache gegen das Mitglied S. einer in Magdeburger Baugewerbe bestehenden paritätischen Stabenerkommission, deren Aufgabe es ist, die Durchführung des zwischen den Bauarbeitern, Malern und Zimmerern abgeschlossenen Tarifvertrags zu überwachen. Da einer der Arbeitgeber, Ingenieur K., niedrigere Löhne zahlte, so geriet S. dieserhalb mit ihm in Konflikt und drohte ihm mit der Bauperre. S. wurde dieserhalb wegen Vergehens gegen §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung verurteilt. Das Reichsgericht hat nun dieses Urteil bestätigt, obwohl es zugeben mußte, daß die Theorie und Praxis die Aufschaffung, Tarifverträge den in § 152 erwähnten Vereinigungen und Verabredungen gleichzustellen, nicht unbedenklich läßt. Wir geben aus der Begründung des Urteils die wichtigsten Ausführungen wieder.

„Aus dem Wortlaut des § 152 der Gewerbeordnung ergibt sich, daß dieser Arbeitnehmer und Arbeitgeber völlig gleich stellen, in gleicher Weise, den einen wie den anderen gleiche Koalitionsfreiheit geben wollte. Des weiteren ist nicht bestritten, daß der § 153 dieser Koalitionsfreiheit entgegen die freie Willensentscheidung des einzelnen schütze. Ist aber dies richtig, so ist nicht abzusehen, warum der Arbeitnehmer durch § 153 Schutz gegen den Mißbrauch der Koalitionsfreiheit erhalten, den Arbeitgebern solcher verweigert sein sollte, letztere sind in gleicher Weise schutzbedürftig wie die Arbeitnehmer, und zwar nicht nur gegenüber Vereinigungen und Verabredungen der Arbeitgeber, sondern in gleicher Weise gegenüber dem Zwange von Seiten der Arbeitnehmer. Es kann nicht eingewendet werden, daß durch eine beratige Ausdehnung des § 153 der Gewerbeordnung den Arbeitnehmern die ihnen in § 152 am angeführten Orte gewährte Koalitionsfreiheit entzogen würde. Diese bleibt ihnen ungeschmälert; verboten aber ist ihnen — und das ist der § 153 — durch die dort bezeichneten gesetzwidrigen Mittel einen Zwang auf die Willensfreiheit anderer, seien es Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, auszuüben, ebenso wie der Arbeitgeber nicht befugt ist, durch die in § 153 aufgeführten Mittel einen Zwang auf Arbeitnehmer zu üben.“

Wenn in der reichsgerichtlichen Entscheidung Band 35 Seite 206 bemerkt ist, es sollte durch den § 153 besonderer Schutz gegen den sogenannten Leteriorismus der auf derselben Seite des Lohnkampfes Stiehenden gegen ihre Genossen gewährt werden, so ist daraus nicht zu entnehmen, daß der damals erkennende Senat den Schutz des § 153 nur auf den Zwang von Seiten der und gegen die Berufsgenossen beschränken wollte; dies ergibt schon die nachfolgende Bemerkung: „Der Schutz solle soweit reichen wie die Koalitionsfreiheit; diese aber kommt Arbeitnehmern und Arbeitgebern in gleicher Weise zu.“

Der § 153 der Gewerbeordnung wurde deshalb im vorliegenden Falle nicht an demselben unanwendbar, weil der Zwang seitens des Arbeitnehmers sich gegen den Arbeitgeber richtete. Der in der Revisionsbegründung hervorgehobene Umstand, daß Verabredungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wie deren hier eine in Frage steht, vor Schaffung der völligen Koalitionsfreiheit schon strafbar waren, ist ohne Bedeutung. Dem Inhalt des Gesetzes ist nicht zu entnehmen, daß der Versuch einer Zwangsausübung nur dann strafbar sein soll, wenn Verabredungen oder Vereinigungen in Frage kommen, welche vor dem Bestehen der allgemeinen Koalitionsfreiheit Strafbestimmungen unterworfen waren. Die Annahme, daß die von der Stabenerkommission gebildete Vereinigung und die von ihr getroffenen Verabredungen unter § 152, 153 der Gewerbeordnung fallen, ist nicht zu beanstanden.“

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission bemerkt zu diesem Urteil:

Die Ausführungen des Reichsgerichts können den unbefangenen Leser nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Urteil dem Sinne und Wortlaut der Gewerbeordnung widerspricht. § 152 der Gewerbeordnung handelt lediglich von Vereinigungen und Verabredungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen und hebt die früheren Verbote gegen dieselbe auf. Unter solchen Vereinigungen und Verabredungen etwas anderes als solche zwischen Ständen- oder Klassengenossen — also zwischen Arbeitern und Arbeitern, beziehungsweise zwischen Gewerbetreibenden und Gewerbetreibenden — zu verstehen, ist schon deshalb unmöglich, weil nur solche allein von der früheren Gesetzgebung verboten waren, wenigstens soweit Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter in Betracht kamen. Wollte § 152 auch Verabredungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern freigeben, so würde er damit offene Türen einrennen haben, weil solche Verabredungen früher niemals verboten waren. Das gesamte System der Arbeitsverträge beruht auf solchen Verabredungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter oder sollte wenigstens juristisch auf ihnen beruhen. Aber auch logisch ist es unmöglich, Verabredungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dem § 152 zu unterstellen, denn dieser setzt voraus, daß die Verabredungen die Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen bezwecken, während Verabredungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern konkrete Arbeitsbedingungen festsetzen. Die früheren Verabredungen sind wesentlich propagandistischer Natur; sie wollen die Arbeitsbedingungen ändern und verbessern, was zugleich die Vertretung eines einheitlichen Interesses einschließt. — Die letzteren entziehen die Arbeitsbedingungen den Schwankungen und bringen die Interessen beider Parteien zur Geltung. Zwischen Arbeitgebern und Arbeitern kann nicht eine Befreiung der Arbeitsbedingungen verabredet werden, denn was den einen Teil begünstigt, auflegt dem anderen Teil Opfer. § 153 will nur lediglich die zwangsweise Forderung von Verabredungen zwischen Mitarbeitern oder zwischen Mitarbeitern und Arbeitgebern, er will die freiwillige Entschliessung zum Koalitionsbeitrag und den Austritt von der Koalition schützen. Die von ihm erwähnten Verabredungen werden ausdrücklich auf § 152 bezogen. § 153 hat also weder etwas mit dem Arbeitsvertrag an sich zu tun, noch hätte er sich, anstatt auf § 152, auf § 106 der Gewerbeordnung beziehen müssen, noch mit dem kollektiven Arbeitsvertrag, der im Gesetz überhaupt keine ausdrückliche Regelung gefunden hat, ausgenommen den unzulässigen Versuch um § 134h (Arbeitsvertrag) und § 134i (Arbeitsvertrag). Wenn gleichwohl das Reichsgericht dem Urteil § 153 bezieht sich auch auf Verabredungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, so muß darin lediglich der Versuch erblickt werden, die Tragweite des § 153 auf die wichtigsten Beziehungen der Koalition auszudehnen, — ja, die Durchführung dieses Grundgesetzes bedeutet geradezu die Aufhebung des Koalitionsrechtes, des Rechtes der Arbeitseinstellung. Denn nichts anderes ist es, wenn jede Kündigung eines Arbeiters gegen einen Arbeitgeber, die Arbeit entzuziehen, als Drohung im Sinne des § 153 erachtet würde. Das Koalitionsrecht basiert auf der Voraussetzung wirtschaftlicher Gegensätze und Kämpfe, und bei wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Interessengegenständen geht es ohne Zwang überhaupt nicht. Wenn jeder Zwang, jeder Druck auf den Gegner strafbar wäre, so ist jede Koalition undenkbar, und der gesetzlich erlaubte Streit stellt ja auch eines der schärfsten Zwangsmittel dar.

Am so mehr muß es verwundern erregen, daß das Reichsgericht sich gerade hinsichtlich des kollektiven Arbeitsvertrags, der den Streit vorbeugen will, auf eine solche Bahn der Rechtsprechung begibt. Auch Tarifverträge sind ohne Druck nicht durchzuführen, und bezeichnenweise beteiligen sich zahlreiche Regierungen und Staatsbehörden an solchen Dingen, indem sie zum Beispiel ihre Arbeiter nur an tariffreie Druckereien vergeben. Oder findet das Reichsgericht etwa darin einen prinzipiellen Unterschied, ob einem tarifseindlichen Unternehmer die Arbeitskräfte oder die Arbeitsaufträge entzogen werden? Die staatliche Sperre gegen tarifseindliche Druckereien würde unter den gleichen Gesichtspunkten strafbar sein als die gewerkschaftliche Sperre. Das zeigt aber die Konsequenzen, zu denen das reichsgerichtliche Urteil führen muß.

Die bürgerlich-sozialpolitische Presse kritisiert den Entschluß als bedauerlichen Irrtum speziell unter dem Gesichtspunkt, daß dadurch der Abschluß kollektiver Arbeitsverträge erschwert und die friedliche Regelung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeiter gestört werde. Die Gewerkschaften haben gegen alle Anlässe, gegen die störenden Eingriffe einer dem gewerblichen Leben fernstehenden Justiz Einspruch zu erheben, denn sie sind die vornehmsten Träger der Tarifverträge und die eigentlichen Pioniere des kollektiven Arbeitsvertrags. Aber sie könnten wohl eine gewisse Genugtuung darüber empfinden, daß die reichsgerichtliche Rechtsprechung sich in diese Sadegasse verrennt hat, denn was die bürgerliche Sozialpolitik heute als einen Schlag gegen das ihr so sympathische System der Arbeiterbewegung als ein Gemüts ihrer Koalitionsfreiheit. Dieselbe Handlung wurde schon längst als Erpressung, Abkündigung oder unter irgend einer Strafmärke verurteilt.

Wiederholt hat das Reichsgericht den Grundsatz aufgestellt, daß die Drohung mit einem Streik oder einer Sperre zum Zwecke der Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen die Kriterien der Erpressung einschließt, indem es diese Erlangung als „rechtswidrig“ stempelte. Das war bei der Geltendmachung des kollektiven Arbeitsvertrags juristisch kaum möglich, weil hier in der Tat die Arbeiter ein formelles Recht auf die Innehaltung der vereinbarten Bedingungen hatten. Aber die Drohung muß unter allen Umständen bestraft werden, und geht es nicht nach § 253 des Reichsstrafgesetzbuchs, dann nach § 153 der Gewerbeordnung. Vereinbarung ist Verabredung, und Drohungen zur Innehaltung von Verabredungen sind strafbar. Das ist die Logik des Reichsgerichts. Wie nun, wenn ein Arbeitgeber tarifbrüchige Arbeiter auspersert? Da hätte sich eben das Reichsgericht in seinem eigenen juristischen Gespinnst gefangen und müßte diesen Arbeitgeber verurteilen. Wir begreifen es ja, daß den in den Idealen einer harmonischen, streiklosen Zukunft schwebenden bürgerlicher Sozialreformern das neue Reichsgerichtsurteil peinlich unangenehm ist; da aber wir Arbeiter unter dieser Rechtsprechung in erster Linie leiden müssen und es uns füglich gleich sein kann, ob wir nach § 153 gebrauchen oder nach § 253 geschmort werden, so müssen wir schon verlangen, daß durch ein unabweisbares Koalitionschutzgesetz diesen Angriffen auf die Koalitionsfreiheit der Arbeiter ein für allemal der Boden entzogen wird.

VII. Verbandstag der Metallarbeiter Österreichs.

Am 10., 11. und 12. Juli tagte im Arbeiterheim in Wien der Verbandstag der österreichischen Metallarbeiter, welcher von 120 Delegierten besucht war. Als Gäste sind anwesend: Gueber als Vertreter der Gewerkschaftskommission, Moschar für die Prager Gewerkschaftskommission, Adler für die Parteivertretung, Reichel für die deutschen Metallarbeiter, Schreiber für die Schweizer Metallarbeiter, Leszary für die ungarischen Metallarbeiter; ferner sind die Vertreter des Vereins der Kupferhämmer Österreichs, Rief und Reich, als Gäste anwesend.

Nach Entgegennahme der Begrüßungsreden erhaltete der Obmann des Verbandes, Grier, den Bericht des Vorstandes, welchen wir in voriger Nummer unter Ausland (Österreich) im Auszug bereits mitgeteilt haben. In der sich hieran anschließenden Debatte erheben unter anderem die tschechischen Delegierten aus Wien den Vorwurf gegen den Vorstand, daß er die Gründung weiterer tschechischer Ortsgruppen nicht gestattet habe. Sekretär Domes erwiderte darauf, daß überhaupt keine weiteren Ortsgruppen mehr in ein und derselben Stadt gegründet werden dürfen, weil damit eine Zersplitterung der eigenen Kraft herbeigeführt werden. So beständen in Wien allein 41 Ortsgruppen mit zusammen 7577 Mitgliedern. Das Ziel sei hier die Schaffung eines einheitlichen Verwaltungskörpers für Wien. Im übrigen jehe er auch gar nicht ein, aus welchen besonderen Gründen nun auf einmal weitere tschechische Ortsgruppen gegründet werden sollen. Wir organisieren uns aus rein wirtschaftlichen Gründen, um der Ausbeutung der Arbeitskraft entgegenzuwirken. Und diese sei überall gleich, ganz einerlei, ob es sich um deutsche oder tschechische Unternehmer handle. Die Debatte wird trotz dieser zutreffenden Einwendungen von den tschechischen Delegierten mit großer Lebhaftigkeit weitergeführt und schließlich eine Kommission zur Regelung der Angelegenheit eingesetzt. Folgende von der Versammlung vorgelegte Resolution findet einstimmige Annahme.

Der Verbandstag erkennt das Bestreben der tschechischen Genossen an, die heute der Organisation fernstehenden Arbeiter dieser zuführen zu wollen. An diesen Zweck zu erreichen, findet er es für notwendig, daß die Organisationsarbeiten gemeinsam durchgeführt werden. Eine gemeinsame Arbeit ist nur möglich, wenn die Nationen entsprechend ihren Kräften und Mitgliedern in der Verwaltung der Organisation Verwendung finden.

Die Ortsgruppen sind verpflichtet, für die Kosten der Organisation und Agitation sowie der Bildungsmittel aus den gemeinsamen Beiträgen aufzukommen. Die heute bestehenden tschechischen Ortsgruppen sollen bestehen bleiben.

In den Ortsgruppen, wo sich die Notwendigkeit herausgestellt, sind nationale Sektionen zu bilden.

Ein organisatorisch hochbedeutendes Ereignis ist die Verschmelzung des böhmischen Landesverbandes mit dem Verband. Damit entwickelt sich der österreichische Metallarbeiter-Verband zu einer wirklich einheitlichen Zentralorganisation, die namentlich auch ein einheitliches Vorgehen im ganzen Lande verbürgt.

Zum zweiten Punkt: Organisation, referiert Sekretär Domes. Die Kraft unserer Organisation liegt in der Einheitlichkeit der Organisation, darin, daß sie einen einheitlichen Willen in allen ihren Aktionen zu bekunden vermag. Diesen einheitlichen Willen haben die früheren Organisationen nicht gehabt. Die Verbändevereine, die mit unserer Union in Vertragsverhältnis stehen, haben ihn auch jetzt nicht; sie leben vielmehr genau so wie früher, sind so wenig umstände wie früher und können auf die Arbeitsbedingungen deshalb nur wenig Einfluß üben. Ein belehrendes Beispiel bieten uns die Kupferhämmer; jene Organisation, die vom Verbandsrat gewünscht, daß er sie zur Union in ein Vertragsverhältnis treten lasse. Der Verbandsrat hat das abgelehnt. Die Kupferhämmer gehen zu, daß ihre Organisation nichts unternehmen kann; ihre Organisation ist nichts als ein Unterstüßungsverband. Jedes Vertragsverhältnis zu diesem Verein ist ganz zwecklos für uns und wir haben nicht die Absicht, diese kleinen Organisationen dadurch künstlich weiter zu erhalten, indem wir ihnen noch unseren Schutz angedeihen lassen.

Der Zentralvorstand beauftragt darum die Einbringung von Krankengeldzuschüssen für Heimarbeiter. Es müßte nichts, mit den Unterstüßungsverbindungen agieren zu wollen, wenn die Unterstüßungen, die man geschossen hat, für eine ganze Industrie nicht in Betracht kommen. So steht es mit den Heimarbeitern, für die die Arbeitslosen- und Dienstunterstützung nicht genügt. Mit bemerkenswerter Schärfe wendet sich der Redner gegen kapitalistische Beiträge. Der Verband habe damit die schlechtesten Erfahrungen gemacht. Als jenseitig die zweite Klasse für Neueintretende gesperrt, jedoch den älteren Mitgliedern wahlweise innerhalb einer 26wöchentlichen Frist die zweite Klasse offen gelassen wurde, da ging ein ganz beträchtlicher Teil der Mitglieder in die zweite Klasse über. Es waren das alle diejenigen, die sich in festen Stellungen zu befinden glauben und selten arbeitslos werden. Andererseits jedoch traten alle die Mitglieder der zweiten Klasse, die der Gefahr arbeitslos zu werden ausgesetzt sind, in die erste Klasse über. Die Folge davon

war, daß wir bis 1901 mit der ersten Klasse völlig bankrott waren.

So gefährlich, wie dieses System damals war, ist es auch heute noch. Wir sind nicht imstande, die Höhe der Löhne zu kontrollieren, deshalb können wir auch nicht mit dem Klassenstufen nach der Verdiensthöhe arbeiten. Was die Dienstunterstützung betrifft, so wollen wir sie in eine Beziehung zur Arbeitslosenunterstützung bringen. Es ist in Deutschland so, annähernd so auch in Ungarn. Nun wir haben da eine separate Einrichtung. Durch die Regulierung soll man nach einjähriger Mitgliedschaft 55, nach zweijähriger 72, nach fünfjähriger 91 Kronen im Jahre erhalten.

Die nächtlichen Ortsgruppen verlangen gar, daß der Krankengeldzuschuß auf die Heimarbeiter ausgedehnt werde, da für diese dieselben Erwägungen gelten sollen, wie für die Heimarbeiter. Das ist nicht ganz richtig. Zunächst entbehren die Heimarbeiter jeder Zwangsversicherung. Außerdem wissen wir, daß die Heimarbeiter gerade auf sie riesig draufzahlen müssen. Und wir müssen uns fragen, ob wir die Einrichtung treffen dürfen, bevor wir uns überzeugt haben, ob wir es auch aushalten können. Denn es hätte keinen Zweck, wenn wir am nächsten Verhandlungstag gesehen müßten, daß wir es nicht aushalten und daß wir es wieder aufheben müssen. Damit würden wir uns den Weg verunmöglicht haben, jenes Element, das uns heute fernsteht, wenigstens in Zukunft für uns zu gewinnen. Wir müssen deshalb diese Anträge ablehnen.

Ich bitte Sie, nehmen Sie die vom Vorstand gestellten Anträge an und lehnen Sie alle übrigen Anträge ab. (Beifall und Widerspruch.)

Die Anträge des Vorstandes bestimmen im wesentlichen folgendes: Der erste Antrag ist ein Antrag zum Unterstüßungsvertrag und schafft eine Abteilung für Krankengeldzuschuß, in die die Heimarbeiter der ersten Beitragsklasse aufgenommen werden können. Die Höhe des Zuschusses beträgt nach einjähriger Mitgliedschaft 5 Kronen wöchentlich durch zehn Wochen, nach dreijähriger Mitgliedschaft 6 Kronen wöchentlich durch vierzehn Wochen und nach fünfjähriger Mitgliedschaft 6 Kronen wöchentlich durch achtzehn Wochen. Der zweite Antrag bestimmt, daß Mitglieder der ersten Beitragsklasse die Arbeitslosenunterstützung in Form von Heise- oder Ortsunterstützung beziehen können, und zwar im Ausmaß von 55 Kronen nach einjähriger, 72 Kronen nach dreijähriger, und 91 Kronen nach fünfjähriger Mitgliedschaft. Außerdem sind von einzelnen Ortsgruppen oder von Konferenzen sechs Anträge gestellt, die im Laufe der Debatte sich noch bedeutend vermehren. Mehrere Anträge, darunter solche der tschechischen Landeskonferenz und der Ortsgruppen Eikensfeld und Othrau, verlangen einen Krankengeldzuschuß bei entsprechender Erhöhung der Beiträge; einige Anträge wünschen die Wiedererrichtung der zweiten Beitragsklasse.

Bei der Abstimmung werden die Vorschläge des Vorstandes gegen wenige Stimmen angenommen. Die neuen Bestimmungen treten am 1. Januar 1905 in Kraft.

Über den nächsten Punkt: Der kollektive Arbeitsvertrag, referiert Beer. Er schlägt folgende Resolution vor.

Resolution.

„Die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft ist die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaftsorganisationen. Um diese Aufgabe mit Erfolg durchzuführen zu können, ist es unerlässlich, auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses Einfluß zu nehmen. Die Regelung der Arbeitszeit, die Festlegung von Minimallohnen, die Feststellung der Arbeitspausen, die Regelung der Überstundenarbeit, ihre Bezahlung, kurz die Ordnung aller Fragen, die das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern betreffen, berühren die bescheidensten Interessen der Arbeiterschaft. Deshalb ist es dringend notwendig, daß die Gewerkschaften auf die Abschließung von kollektiven Arbeitsverträgen zwischen den Unternehmern und Arbeiterorganisationen hinarbeiten. Laßt sich auch für die zu vereinbarenden Verträge hinsichtlich ihres Inhaltes und ihrer Gültigkeitsdauer mit Rücksicht auf die verschiedenartigen Verhältnisse keine allgemeine Regel festsetzen, so ist es jedoch unerlässlich, Bedingungen zu vereinbaren, die die Arbeitszeit nach oben und die Löhne nach unten begrenzen.“

Der VII. Verbandstag der Metallarbeiter beschließt: Bei allen Lohnbewegungen ist auf den Abschluß von Kollektivverträgen hinzuwirken. Die Abschlässe haben im Einvernehmen mit dem Verbandsvorstand zu erfolgen. Von allen auf die Abschließung von derartigen Verträgen zu unternehmenden Schritte ist der Verbandsvorstand nach vor Ausbruch jeder Lohnbewegung zu unterrichten, da gerade hier planmäßiges Vorgehen eine der ersten Bedingungen des Erfolges ist.“

Wie in den ersten Anfängen der Arbeiterbewegung hinein lasse sich das Bestreben der Arbeiter verfolgen, Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewinnen. In unserer Zeit habe das industrielle Kapital das Bestreben, seinen Anteil am Arbeitsvertrag möglichst zu erhöhen, dagegen den Anteil des Arbeiters möglichst niedrig zu halten.

Allmählich aber dringt auch in den Kreisen der Unternehmer die Erkenntnis durch, daß man mit den Arbeitergewerkschaften rechnen muß. Wenn da wirklich die Stimmung für kollektive Arbeitsverträge günstig wird, so entpringt das durchaus nicht dem Wunsche, nicht mit den Arbeitern anzukommen, sondern das hängt wesentlich damit zusammen, daß der Konkurrenzkampf bei uns so große Dimensionen angenommen hat, daß er vielfach geradezu unerbittlichen Schaden zufügt und daß man die Opfer, die die wirtschaftlichen Kämpfe nicht nur den Arbeitern, sondern ebenso auch den Unternehmern auferlegen, satt hat. Deshalb, und nicht etwa aus Humanität oder sozial-politischer Orientierung, bedürfen die Unternehmer die Vermittlung der Vertrauensmänner der Arbeiter. Daneben laufe aber die Tendenz, daß die wirtschaftlichen Kämpfe selbst immer schärfer werden und daß die Unternehmer vor absolut keinem Mittel zurückschrecken, um die Arbeiter auf die Straße zu bringen. So ist es wenigstens in den industriell entwickelten Ländern und so wird es in kurzem bei uns sein. Aber so sehr wir recht haben, über die Unternehmung empört zu sein, so müssen wir uns doch eines vor Augen halten: Es scheint mir nicht rätlich zu sein, in jedem Unternehmung einen Schelm zu sehen, nicht klug und nicht nützlich, wenn unsere Vertrauensmänner während einer Bewegung rüde und oft sehr häßliche Ausdrücke gebrauchen. Wer die Zusammenhänge der kapitalistischen Ordnung kennt, der weiß, daß der Unternehmer, wenn er es auch als seine Bestimmung ansieht, die Arbeiter auszubilden, doch nicht notwendig persönlich ein schlechter Kerl sein muß. Ich sage das deshalb, weil gerade durch solche ungeschickte Neben den Vertrauensmännern die Vermittlung erschwert wird. Wir stetig harmonisierbeiseln fern, aber ich glaube doch, daß wir verpflichtet sind, bei einem Kampf alle Umstände zu erwägen. Unsere Kämpfe brauchen nicht weniger scharf, unsere Energie braucht nicht geringer zu werden, wenn wir den Unternehmern auch in häßlichen Formen entgegenzutreten. Und dann müssen wir auch einsehen, daß unter Umständen der Unternehmer nicht alle Wünsche der Arbeiter erfüllen kann. Damit geben wir unsere Forderungen nicht preis, wenn wir immer genau erwägen, was in einem bestimmten Augenblicke möglich ist. Wir haben die Pflicht, genau informiert zu sein, was sich auf den industriellen Markt ereignet, und so sei ich einem Vorstandsmitglied einen Vorwurf machen würde, wenn er nicht sein Parteiblatz liege, ebenso sehr würde ich es ihm am Vorwurf machen, wenn er nicht den ökonomischen Teil der kapitalistischen Presse verfolgt.

Wenn behauptet wird, der Vertrag hindere die Arbeiter, zur Zeit einer günstigen Konjunktur ihre soziale Lage besser zu gestalten, so ist das ein Irrglaube. Die Zeiten wirtschaftlicher Prosperität treten nicht über Nacht ein, ebensowenig die Krisen, sondern beide werfen ihre Schatten lange voraus. Damit hängt nur die Frage der Befristung der Verträge zusammen. Darüber lassen sich aber keine allgemeinen Regeln aufstellen, sondern da wird neben vielen anderen Umständen besonders die Geschwindigkeit der Organisationsleitung maßgebend sein. Der kollektive Arbeitsvertrag ist ein Mittel, in die absoluten Herrschaftsrechte des Unternehmers im Betrieb ein Dreck zu legen. Es ist damit noch lange nicht die konstitutionelle Fabrik geschaffen, aber es wird doch herbeigeführt, daß die Arbeiter mitwirken an jenen Gesetzen, die für die Fabrik Geltung haben, und daß der Arbeiter als gleichberechtigter Faktor beim Vertragsabschluß anerkannt wird.

Bei jedem Abschluß eines kollektiven Vertrags ist besonders Gewicht darauf zu legen, daß die Arbeitszeit nach oben und die Löhne nach unten begrenzt werden. Daß möglichst viele Unternehmer dem Vertrag beitreten, liegt im Interesse nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Unternehmer, die den Vertrag geschlossen haben.

Sch will hier auch einige Worte über die Frage der Affordarbeit sagen. Schematisch herrschte bei uns allgemein die Auffassung, daß die Affordarbeit um jeden Preis abgekauft werden muß. Jetzt sieht man doch nicht mehr so allgemein auf diesem Standpunkt. Die Affordarbeit hat ohne Zweifel ungeheure Nachteile für den Arbeiter, indem sie seine Leistungskraft auf das äußerste anspannt. Über besteht heute wirklich in einem rational betriebenen Unternehmen noch ein Unterschied zwischen Lohnarbeit und Affordarbeit? Muß der Lohnarbeiter nicht ebenso intensiv arbeiten wie der Affordarbeiter? Rein Zweifel, und es wäre töricht, wenn wir uns darüber täuschen würden. Dafür hat der Lohnarbeiter aber absolut keine Selbständigkeit mehr im Betrieb. Er wird weit scharfer bewacht als der Affordarbeiter. Und da taucht die Frage auf, ob nicht die eigene Überwachung besser ist als die durch ein fremdes Aufsichtsorgan. Dazu kommt, daß es in der kapitalistischen Gesellschaft unmöglich ist, die Affordarbeit ganz abzuschaffen. Das einzig, was wir da anstreben können und müssen, sind Affordpreistarife mit garantiertem Mindestlohn.

Selbstverständlich muß ein kollektiver Arbeitsvertrag gehalten werden. Wichtig ist aber auch, daß die Vertrauensmänner, die den Vertrag für die Arbeiter schließen, sich nicht überhöhlen lassen. Der kollektive Arbeitsvertrag hat aber einen ganz besonderen Vorteil für uns dadurch, daß er die Arbeiter zwingt, ununterbrochen zu rüsten für den Ablauf der Frist, daß er also erzehrig wirkt. Denn die Arbeiter haben mit Klarheit, daß in dem Augenblick, wo sie auseinanderlaufen, der Vertrag wieder in die Brüche geht. Wir haben wiederholt die Forderung aufgestellt, daß die Zentralorganisation vom Ausbruch jedes Konfliktes verständig werden muß. Wenn auch eine merliche Besserung eingetreten ist, so werden wir doch noch sehr oft vor fertige Tatsachen gestellt, wo man nicht mehr vermitteln kann. Ganz besonders ist es aber wichtig, daß kollektive Arbeitsverträge nicht ohne Zustimmung des Zentralverbandes geschlossen werden. Das ist auch schon deshalb notwendig, weil die Unternehmer da sehen, daß hinter den Arbeitern der Einfluß der ganzen Organisation steht. Ich weiß wohl, daß sich auch die Unternehmerorganisation mit dieser Frage eingehend befaßt. Aber ich muß fragen, ob die Unternehmer klug daran tun, immer erst so lange zu warten, bis der Kampf ausgebrochen ist, bevor sie zu uns kommen, und ob es nicht klüger von ihnen wäre, sich mit den Arbeitern noch vor Ausbruch eines Streiks ins Einvernehmen zu setzen, von Organisation zu Organisation Vereinbarungen zu treffen, zu einer Zeit, wo man ruhig beraten kann. Ich fürchte allerdings, daß das Verständnis bei den Unternehmerorganisationen soweit noch nicht vorgeschritten sein wird, um den Schritt zu unternehmen, ehe die Notwendigkeit da ist.

Die Resolution des Referenten wird einstimmig angenommen. Der Kongreß selbst wurde nach Erledigung einiger unwesentlichen inneren Angelegenheiten am Dienstag den 12. Juli geschlossen.

Die Reformer der „Utopisten der Entwicklung“.

... den großen Illusionen in bezug auf das Entgegenkommen der Arbeitgeber ist es wohl zuzuschreiben, daß die Gewerkschaften mit dem schönen Schlagwort „Harmoniebewusstseinsvereine“ bezeichnet werden. Richtiger wäre es wohl gewesen, sie Utopisten der Entwicklung zu nennen. (Fanny Jule in Gewerkschaftsboten Nr. 30, 1902.)

„Alle anderen Richtungen sind uns vorausgeeilt. Uns fehlt der große Zug, die Begeisterung nach Fortentwicklung fehlt unserer Sache, mit mumienshafter Greisenschaftigkeit fehlten wir meist dort, wo es galt, ein energisches Wort zu reden. Den Mitgliedern hat man durch Jahrzehnte das Rassenideal eingepflanzt. Als Inbegriff der höchsten Weisheit wurde die Zentralisation gepriesen. Zu gewissen Zeiten weisagte diese aus dem Kaffeetisch, daß den Gewerkschaften die Zukunft gehöre. Gebessert haben sich die Verhältnisse etwas, aber nur wenig. Durch die lange Ruhe sind die Glieder etwas steif geworden, wir müssen Öl dran schütten. Nicht auf der Intelligenz einzelner beruht unsere Stärke, sondern, wenn wir eine möglichst große Anzahl zu selbständiger Tatkraft erziehen. In Lohnbewegungen sehen wir meist zurück. Wo ist das, der aus der werdenden Idee der Arbeiterbewegung für uns das Wort schürft? Derweil die Arbeitgeber uns fortlaufend die Löhne kürzen, ja, vor offenbarem Betrug nicht zurückschrecken, derweilen pflegt man bei uns das 34-jährige Neunmonatskind der fundamentalen Grundfälle.“

Mit diesen markanten Sätzen skizzierte der nunmehr aus dem Gewerkschaftsboten der Maschinenbauer ausgeschlossene Redakteur des Gewerkschaftsboten, Herr Erkelens, das Programm der Gewerkschaftsreformer gegenüber dem Verbandsanwalt Dr. Hirsch. — Es war in der demnächstigen „Löwengrubensammlung“ (der Verbandsanwalt Dr. Hirsch war der „Daniel“) am 26. September 1902 zu Düsseldorf. Der Anwalt war gekommen, Frieden zu stiften, als ein Beschlagener verließ er den Platz. „Haben Sie Rücksicht mit einem alten Wanne!“ und „Unverschämte Gesellschaft!“ waren einige seiner letzten Friedensrufe.

Aus den Worten des Führers der rheinischen Opposition spricht die Erkenntnis der Ursachen des Stillstandes der Hirsch-Dunderfischen Bewegung. Man ist sich in jenen Köpfen klar geworden, warum ihre Organisationen von allen anderen in der Entwicklung, numerisch und an Erfolgen, überflügelt worden sind. Sie wollen „reformieren“, dem alten, verknöcherten Gewerkschaftskörper neues Leben einflößen. Gleich bei ihrem Entstehen von der aufstrebenden sozialistischen Arbeiterbewegung in ihrer Entwicklung bedroht, kamen die Gründer der Gewerkschaften, vor allem Dr. Hirsch, auf Gegenmittel: 1. um die sozialistischen Arbeiter von ihren Hirsch-Dunderfischen Vereinen überhaupt fernzuhalten, mindestens aber ihnen keinen Einfluß in den örtlichen Verwaltungen gewinnen zu lassen; 2. jann man auf ein Mittel, um der herrschenden Klasse ad oculos zu demonstrieren, daß die Gewerkschaften keinen sozialistischen Tendenzen huldigen, und 3. war man selbstverständlich bemüht, die einmal gewonnenen noch nicht sozialistischen Arbeiter auf irgend eine Weise dauernd an die Gewerkschaften zu fesseln.

Das Mittel zu 1 und 2 war der „berühmte“ (in einigen Gewerkschaften jetzt teilweise beseitigte) Revers, nach dem der Betreffende unterschreiben mußte, daß er sich der Sozialdemokratie beiseitehalten würde. Da es trotz dieses Reverses möglich war, konnte, daß in einzelnen örtlichen Vereinen sozialistische Elemente Einfluß und Oberwasser erhielten, legte man zugleich die ganze Macht in die Hauptverwaltungen, in die Hände der Generalsekretäre und Hauptvorstände. Die örtlichen Verwaltungen erhielten keine Spur von Selbstbestimmungsrecht, jeder Pfennig Geldeausgabe wurde statutarisch festgelegt, die Ortsvereine durften nichts eigenmächtig ausgeben, alles mußte erst von der „Zentralkommission“ genehmigt werden.

Gerade diese Maßnahmen der Gewerkschaftsreformer, das Verbot jeder Selbständigkeit an die Ortsvereine, läßt uns immer erkennen, daß der Revers nur nebensächlich bei dem Fernhalten der Sozialdemokraten in Betracht kam. In Wirklichkeit sollte der Revers den Beförden und der herrschenden Klasse den friedliebenden, antisozialistischen Charakter der Gewerkschaften dartun. (Zu allem Überfluß suchte dann noch Dr. Hirsch nach Erlaß des Sozialistengesetzes den preussischen Polizeiminister, den Grafen Eulenburg, von der Harmlosigkeit der Gewerkschaften zu überzeugen.) Diese Auffassung vom Revers hat ja auch Herr Erkelens. Nach ihm ist der Revers das Parfüm, das die Gewerkschaften dem Bürgertum gegenüber von dem sozialistischen Geruch desinfizieren soll. Als Beweis führt er den von ihm auf dem Kölner Verbandstag erfindenen „Revers des 20. Jahrhunderts“ an, in dem wohl das Wort „Sozialdemokratie“ fehlt, der aber von den Entretenden verlangt, „daß sie auf dem Boden der freien Privatwirtschaft und der gewerkschaftlichen Selbsthilfe stehen.“

Das Mittel zu 3 ist allbekannt. Durch Unterstellungen (Krankheits-, Arbeitslosen-, Unglücks- u. f. w.) suchte man die Arbeiter von der

materiellen Seite zu fassen, man rechnete ihnen vor, „wieviel Mar. Unterstützung sie für einen Pfennig Beitrag erhalten“ (Erkelens), und indem man ihnen den Gewerkschaften als eine zu 100 und mehr Prozent verzinsende Sparkasse schilderte, glaubte man die Arbeitermassen dauernd an die Gewerkschaften fesseln zu können.

Zu 1 und 2 erreichten denn die Herren auch ihren Zweck. Die Sozialdemokraten blieben ihren Gründungen fern. Staat und Besitzende betrachteten die Hirsch-Dunderfischen mit Wohlwollen, protegierten sie teilweise. Doch in Punkt 3 hatten sich Dr. Hirsch und seine Getreuen in der deutschen Arbeitererschaft verrecknet. Die Arbeiter waren nicht so kraße Materialisten wie die aus bürgerlichen Kreisen stammenden, mit hitzerichtigem Maßstab messenden Gewerkschaftsreformer sie eingeschätzt hatten. Das von Idealen begeisterte Proletariat blieb diesen saft und krafftlosen Gebilden fern. Wohl gelang es den Hirsch und Genossen, einige tausend Arbeiter, zumeist aus ihrer freisinnigen Wählerschar, an ihre Fahne zu fesseln, doch das Gros der Arbeiterschaft wandte sich von ihnen ab.

Als dann auf dem Trümmerhaufen des Sozialistengesetzes die moderne Arbeiterbewegung wie ein Phönix aus der Asche erstand, als das zum Klassenbewußtsein gelangte Proletariat zur Schaffung seiner Gewerkschaften schritt, da strömte das um Brot und Freiheit ringende arbeitende Volk diesen von jugendlichem Idealismus getragenen Organisationen zu, und gar bald hatten sie trotz der gewerkschaftlichen Schmutzkonkurrenz der niedrigen Beiträge die Hirsch-Dunderfischen Gründungen an Einfluss und Stärke überholt. Während nach 34-jährigem Bestehen die „Utopisten der Entwicklung“, wie Fanny Jule in liebevoller Umschreibung des Wortes „Harmoniebewusstseinsvereine“ die Gewerkschaften taufte, kaum das erste Hunderttausend an Mitgliedern überschritten haben, bliden die um 20 Jahre jüngeren Gewerkschaften bereits auf die erste Million zurück.

Man sollte nun annehmen, daß die Leitung der Gewerkschaften in Berlin nach der Ursache dieses Stillstandes forsche, dem ist jedoch nicht so. Ob den Herren dazu ihre parteipolitische Tätigkeit keine Zeit läßt oder ob sie zu alt sind, neue Ideen in sich aufzunehmen — vielleicht trifft beides zu. So mußte denn „von unten herauf“, aus dem Kreise der intelligenteren Mitglieder, der Drang nach Reformen regte werden, die Opposition und Revolution im Gewerkschaftskörper ausbrechen. Hierbei sei zugleich ein Urteil erwähnt, das Herr Erkelens noch im Januar 1904 über die von ihm jetzt so sehr angefeindete Leitung unseres Metallarbeiter-Verbandes fällt. Er schrieb unter anderem: „Übrigens liegen im Deutschen Metallarbeiter-Verband infolgedessen andere Verhältnisse vor, als da bis jetzt der Hauptvorstand den Wünschen weiterer Mitgliederkreise nicht allein entgegenkommt, sondern ihnen noch voraussetzt. Tut das von jetzt ab der Generalkonferenz der Maschinenbauer auch, dann hängen wir gerne unsere Leber an die Weiden Babylons und wollen über Einzelheiten nicht streiten.“

Ehe wir zur Schilderung der Bestrebungen der Gewerkschaftsreformer übergehen, wollen wir in kurzen Zügen, gestützt auf gewerkschaftliche Quellen, ein Bild des inneren Lebens der Hirsch-Dunderfischen Gewerkschaften entwerfen. In einem im Jahre 1888 erschienenen Bericht des Generalsekretärs des Gewerkschaftsboten Schneider heißt es: „Die Stütze des Gewerkschafts sind die Kleinstmeister.“ — Im Gewerkschaftsboten wurde 1896 die Erhöhung der Beiträge mit der Motivierung abgelehnt, daß „diejenigen, welche in der ersten Zeit dem Gewerkschaften beigetreten sind, größtenteils selbständig geworden sind und kein großes Interesse mehr an den Unterstützungseinrichtungen haben.“ — 1899 wurde auf dem Delegiertentag der Tischler berichtet, daß die jungen Kollegen vor den Arbeitgebern im Gewerkschaftsverein zurückschrecken. — Der Gewerkschaftsboten der Kaufleute zahlt sogar statutarisch Arbeitslosenunterstützung an die in Konkurs geratenen selbständigen Mitglieder.

Waren die Arbeitgeber schon in der Entwicklung der Gewerkschaften ein stetes Hindernis, so mußten sie es um so mehr sein, sobald es sich um Differenzen im Arbeitsverhältnis handelte. Allerdings waren und sind auch zum Teil noch heute die Gewerkschaften bei ihrem „friedliebenden Charakter“ von Streiks ziemlich verschont geblieben, frühere Verbandstage einzelner Gewerkschaften sprachen sich sogar ganz entschieden gegen Angriffsstreiks aus. Ein besonders typischer Arbeitgeber, „fall“ ereignete sich beim Klempnerstreik 1903 in Berlin, worüber in Nr. 27 der Metallarbeiter-Zeitung das Nähere nachzulesen ist.

Durch das Bestreben, trotz der niedrigen Beiträge das Hauptgewicht auf Unterstellungen zu legen, mußten notwendigerweise andere Zwecke leiden. Viele Gewerkschaften haben als einziges „Führorgan“ das „Protokoll des Generalkonferenzen“. Überall eine gähnende geistige Leere in der Verbandsorganisation. Der Delegiertentag der Textilarbeiter beschloß, das Protokoll des Generalkonferenzen solle mehr beherrschende Artikel enthalten. Der Redakteur druckt in Ausführung dieses Beschlusses das — Statut ab. Der Regulator saugt (nach Erkelens) an den weiten Brüsten der Sozialen Praxis des Professors Franke, falls er seinen Raum nicht zur Polemik gegen Reformen und Metallarbeiter-Verband gebraucht.

So öde wie die Zeitungen, so öde sind auch die Versammlungen der Hirsch-Dunderfischen. Dreffend wird dies in einem Briefe an die Redaktion des Gewerkschaftsboten geschildert: „Erziehung. O, wie jämmerlich wenig hat der leitende Vorstand der Hirsch bisher für dieses Ziel getan; o, diese Öde und Geistesarmut in den Versammlungen, der kleine Klatsch und das Alibihergegan, das ist ja grauenerregend. Wieviel gute Zeit ist da vergeudet worden, in der sie sich hätten zu denkenden Menschen heranbilden können?“ „Diesen herrlichen, idealen Worten noch etwas hinzufügen, hier sie abschwächen“, sagt die Redaktion des Gewerkschaftsboten. (Nr. 1, 1902.)

Über die Früchte gewerkschaftlicher Erziehungsmethode sind an dieser Stelle schon mehrere Urteile des Gewerkschaftsboten mitgeteilt worden. Der Vorsitzende des Ortsvereins Altdorf I (Eisen a. d. R.) duldete während der Bewegung bei Krupp nicht, daß jemand über die Firma Krupp in seinen Versammlungen abfällig sprach. Als dieses von den Düsseldorfern öffentlich gerügt wurde, erklärte Herr Hartmann-Berlin: „So etwas in die Öffentlichkeit zu bringen, gehört sich nicht. All das wird jedoch von dem in den Zentralleitungen herrschenden Bureaucratismus übertrumpft. Hier sei nur kurz noch einmal angeführt, wie Gleichauf noch im Frühjahr 1902 über den Generalkonferenz der Maschinenbauer urteilte: „Systematisch sucht man von oben ein Zusammenkommen und Zusammenarbeiten der Mitglieder nach Möglichkeit zu verhindern. Genagte Auslegungen vordringender Delegiertentagsbeschlüsse, Verlesung statutarischer Vorschriften, bewußte Unwahrheiten, alles soll helfen, den Geist des Fortschritts aufzuhalten.“ Heute ist Gleichauf in diesen Fußstapfen. — Hier einige Bureaucratismustücken, an denen die „Preußen“ lernen könnten: Ein Ortsvereinsvorsitzender schreibt in einer Sache an seinen Generalsekretär, es handle sich um ein oder zwei Mitglieder eines Ortsvereins. Antwort des Generalsekretärs: „Korrespondenz mit Vorsitzenden führe ich nicht, ich schreibe nur an den Schriftführer.“ (Erkelens, November 1902.) — Am 27. Juli 1903 beschloß die Generalkonferenz der Maschinenbauer, 25 000 Exemplare der Geschichte Mauchs über den Gewerkschaften drucken zu lassen. Am 15. September 1903 debattiert man über den Inhalt der „Geschichte“ und am 21. September beschließt man die Einkampfung der 25 000 Exemplare. — Im Jahre 1902 hebt der Delegiertentag der Maschinenbauer den Revers formell auf, im Januar 1903 beschließt auf Antrag Gleichauf der Generalkonferenz: „Sozialdemokraten dürfen im Gewerkschaften kein Amt bekleiden.“ — Im Regulator Nr. 46, 1892, wird von Ramin folgendes Bureaucratismustück kritisiert: „Der Generalkonferenz berät über die Zulassung resp. Nichtzulassung eines von einem Ortsvereinsbeamten eingeladenen Briefes, weil derselbe nur den Namen, aber nicht den Titel des betreffenden Ortsbeamten als Unterschrift hatte.“ — In Saarbrücken wollten sich im Jahre 1901 die Gewerkschaften an den Ortsrat wählen beteiligen. Der Zentralrat verbietet ihnen, aus der Ortsklasse hierfür Gelder zu verwenden. — Der Bezirksleiter des Gewerkschaftsboten der Klempner berichtet über ein Stiftungsfest in Schalle (1901), wo er die Festrede hielt: „Das Fest war in jeder Beziehung imponant, war auch der agitatorische Erfolg kein bleibender, so scheint es doch einen guten Eindruck auf die Behörde gemacht zu haben.“ (Metallarbeiter-Korrespondenz Nr. 5, 1901.) Offen-

bart sich auch hierin kein Bureaucratismus, so zeigt es doch Wohlwollen für die Bureaucraten.

Die Unzufriedenheit mit diesen Zuständen trat im Jahre 1900 mit elementarer Gewalt in die Öffentlichkeit. Im Oktober 1900 erfolgte die zentralrätliche Auflösung des Ortsverbandes Düsseldorf wegen „schwerer Schädigung der gewerkschaftlichen Interessen“. Die Düsseldorfern schritten darauf zur Herausgabe einer eigenen Zeitung (Dezember 1900). Sie standen in ihrem Kampfe nicht allein. Alle Gewerkschaften, Winter und Hirsch, Vorstandsmitglieder des Gewerkschaftsboten der Lederarbeiter, von den Maschinenbauern Gleichauf und Trabert, schlossen sich ihnen an. Im Frühjahr 1901 erfolgte die Gründung des rheinisch-westfälischen Ausbreitungsverbandes, dem sich sofort über 40 Ortsvereine anschlossen. Dem rheinischen Beispiel folgten andere Bezirke mit der Bildung von Ausbreitungsverbänden, zum Beispiel in Augsburg, ebenfalls mit dem eigenen Organ Die Wacht, Bayern, Thüringen, Schlesien und andere. Das schlesische „Düsseldorf“ war Grlitz. Dort gab man unter ungeheuren Opfern im Jahre 1902 den Gewerkschaftsreformer heraus. Die Seele der Bewegung war hier der Gewerkschaftsreformer Strohsfeld, der auch materiell schwere Opfer brachte. Ende 1902 bestanden bereits sieben dieser Ausbreitungsverbände. Diese Institution gleicht unseren Gewerkschaftsstatuten, nur daß sie sich über ganze Bezirke und Provinzen erstrecken, während unsere Kartelle örtlich begrenzt sind. Die Seele dieser ganzen Bewegung blieb jedoch der rheinisch-westfälische Ausbreitungsverband, und da wieder speziell Düsseldorf.

Die erste Tätigkeit der rheinischen Opposition war eine Kette von Kämpfen gegen die Berliner Zentrale, vor allem gegen den Generalkonferenz der Maschinenbauer, und noch bis in die letzte Zeit richtete sich ihr Kampf weniger gegen den Verbandsanwalt Dr. Hirsch als gegen den alten und neuen Generalkonferenz der Maschinenbauer, gegen Ramin, Mauch, Klavon, Gleichauf, Trabert, Klein, Goldschmidt und andere. Daran ändert die Tatsache nichts, daß jetzt der Gewerkschaftsboten mit dem Generalkonferenz bei der Verunglimpfung des Metallarbeiter-Verbandes an einem Strange zieht.

Die erste Folge des Erscheinens des Gewerkschaftsboten war der Ausschluß seines Redakteurs Halstenberg aus dem Gewerkschaftsboten der Maschinenbauer. Offenbar erwartete man in Berlin, es würde nun ein anderer Maschinenbauer verantwortlich zeichnen, den man wie den ersten ausgeschlossen hätte. Die Düsseldorfern aber waren schlauer, der ausgeschlossene („unser Frik“) blieb Redakteur. Man benutzte den Generalkonferenz, daß der ausgeschlossene in einer Versammlung des Ortsvereins der Maschinenbauer Düsseldorf-Oberbill als Gast anwesend war. Der Generalkonferenz verfuhr die Abweisung des Vorsitzenden Reher, die Versammlung wählte ihn einstimmig wieder. Resultat: Auflösung des über 300 Mitglieder zählenden Ortsvereins durch den Generalkonferenz. (Dezember 1901.)

Welches Verständnis in Berlin für die Arbeiterbewegung hat, dafür ein Beispiel. In einer Versammlung des schlesischen Ausbreitungsverbandes wurde es als dessen vornehmste Aufgabe betrachtet, die einzelnen Ortsvereine einander näher zu bringen. Herr Reher meinte der Vertreter des Zentralrats, Redakteur Goldschmidt: „Da kann man ja ungefähr alle fünf Jahre ein gemeinschaftliches Fest abhalten, da lernt man sich auch kennen.“ (Gewerkschaftsboten Nr. 28, 1902.)

Typischer jedoch als all das bisher Angeführte ist die Art der Behandlung des von den Düsseldorfern Gewerkschaften 1899 errichteten Arbeitersekretariats durch den Zentralrat. Das ganze Verlinium suchte die Einrichtung niedrigerzuziehen. Ebenso erging es den Hirschlern und Grlitzern mit ihrem Sekretariat. Der Hirschler Sekretär wurde gleich Halstenberg aus dem Gewerkschaftsboten der Maschinenbauer ausgeschlossen. „Man fürchtete, daß durch derartige Beamte das Vertrauen zum Hauptvorstand schwinden könne.“ (Gewerkschaftsboten Nr. 36, 1902.) Ja, Dr. Hirsch verfuhr sich in Köln zu der Behauptung: „In den Ortsverbänden haben wir bereits derartige Einrichtungen, ... die Arbeitersekretariate der Gewerkschaften sind gewissermaßen nur eine Nachahmung unserer Einrichtungen.“ (Protokoll des Kölner Verbandstages 1901, Seite 290.) Erst nachdem das Düsseldorf Sekretariat seine Leistungsfähigkeit (oder Gefährlichkeit?) bewiesen, entschloß man sich in Berlin, 200 Mk. zu bewilligen. (Das ist alles bis auf den heutigen Tag.) Vorher mußte aber das Sekretariat erst seinen Namen ändern, da der Zentralrat für ein Ding, das — einen der Sozialdemokratie entlehnten Namen trug, nichts bewilligen wollte. „Alle Schriftstücke, die unter der Firma „Arbeitersekretariat“ aus Düsseldorf kommen, werden künftig als nicht eingegangen betrachtet.“ beschloß der Zentralrat in seiner Sitzung vom 17. Oktober 1901. Ein viertes Hirsch-Dunderfisches Sekretariat ist 1902 in Stettin errichtet worden. Um des zentralrätlichen Segens in Gestalt eines einmaligen Zuschusses von 100 Mk. teilhaftig zu werden, mußte es sich statt Arbeitersekretariat „Soziale Anstaltsstelle des Ortsverbandes der deutschen Gewerkschaften Stettin“ nennen. ... 69 Buchstaben ist der Name, den ein Pollack kaum aussprechen kann,“ sagt hierüber Erkelens im Gewerkschaftsboten Nr. 36, 1902.

Wir glauben nun zur Genüge das innere Gewerkschaftsleben geschildert zu haben. Betrachten wir nun Tätigkeit, Erfolge und die geistige Leitung der Reformer. Die Hoffnungen dieser Leute sind bis heute nur sehr minimal in Erfüllung gegangen. Der Kölner Verbandstag (1901) brachte ihnen nur Enttäuschungen. Der Revers blieb im Gesamtverband bestehen, besteht bis heute noch. Die Auflösung des Düsseldorf Ortsverbandes wurde als richtig anerkannt, den Düsseldorfern wurde zugleich die Gründung eines neuen empfohlen. Sämtliche Reformentwürfe wurden glatt abgelehnt. Am treffendsten wurde die „produktive“ Tätigkeit des Verbandstages durch einen Antrag Trabert-Gleichauf gezeichnet (drei Tage vor Schluß): „Den Verbandstag zu schließen und nach Hause zu fahren, da bei der jetzigen Zusammenkunft doch nichts Gutes herauskomme.“ (Auf dem letzten Verbandstag in Hannover war es nicht besser.)

Etwas mehr Glück hatten die Reformer auf dem Delegiertentag des Gewerkschaftsboten der Maschinenbauer 1902. Der Ausschluß Halstenbergs und die Auflösung Oberbills wurden zurückgenommen. Der Revers fiel; an seine Stelle trat die Resolution, nach der der Gewerkschaften „auf dem Boden der freien Privatwirtschaft und der genossenschaftlichen Selbsthilfe“ steht. Heller Jubel jedoch brach aus, als der Delegiertentag die beiden „Oppositionsmänner“ Gleichauf und Trabert als beidseitige Beamte in den Generalkonferenz wählte. Die Enttäuschung kam bald nach. Die zwei „feinfühnigen Süddeutschen“ wurden gar bald „mit Spreewasser gelost“ und waren gar bald die aufrichtigsten Bekämpfer der „Düsseldorfern“. Ebenso war es den letzteren mit dem aus ihren Reihen hervor gegangenen Generalkonferenzmitglied Hartmann bereits früher gegangen. Der Reformer Gleichauf wurde der Vater des „Falles Mielich“. Der Reversgegner Gleichauf schuf die lex Gleichauf: „Sozialdemokraten können im Gewerkschaften der Maschinenbauer kein Amt bekleiden.“ Anlaß dazu gab die Wahl des Mitglieds Freymuth zum Vorsitzenden in Waldhof bei Mannheim. Man benutzte dem Generalkonferenz, Freymuth sei Mitglied eines sozialdemokratischen Vereins, referierte sogar darin. Resultat der Denunziation: Abweisung Freymuths und lex Gleichauf. Der ehemals tapfere Streiter gegen den reaktionären Generalkonferenz, W. Gleichauf, bereifte nach dem Ausschluß von Erkelens (1903) die rheinischen Städte und verteidigte an der Hand Erkelenscher Artikel (er selbst hatte früher viel schärfere verfaßt) den Ausschluß. Dem Falle Mielich reichten sich die generalrätlichen Streiche in Schalle und Langendreer würdig an.

So waren die Erfolge der Reformer gleich Null. Man hat größere Mitgliederkreise gegen die Berliner aufgebracht, aber ihre Erziehung hat damit nicht gleichen Schritt gehalten. In agitatorischer Beziehung sind die Ertrugenschaften ebenfalls minimal. Im eigenen Bezirk haben die Reformer nicht vermocht, mit dem Wachstum der anderen Richtungen gleichen Schritt zu halten. Während noch Ende der neunziger Jahre die Hirsch-Dunderfischen Ortsvereine der Metallarbeiter Düsseldorf bei weitem stärker waren als unsere örtliche Zahlstelle, hat letztere die Hirsch-Dunderfischen jetzt bei weitem überflügelt. Wenn trotzdem der Gewerkschaften der Maschinenbauer im rheinischen Bezirk eine stärkere Zunahme als im übrigen Deutschland zu verzeichnen hatte (1890), so ist das nicht zuletzt auf die

Schmelzkonkurrenz der niedrigen Beiträge zurückzuführen. Bis vor kurzem bestand und es besteht zum Teil noch heute ein Zusammenarbeiten der drei Mächte (Hirsch-Dunderfische, Christliche und Gewerkschaften) bei Tarifabsprechungen u. s. w. Da ist es denn erklärlich, wenn ein Teil der Industrien bei der Preisprüfung gleicher Leistungen sich dort organisiert, wo es am billigsten erscheint. Wenn trotzdem im Düsseldorf-Bezirk unser Verband gute Fortschritte macht, so ist das ein vorzügliches Zeugnis für unsere dortigen Verbandskollegen.

Auch auf dem Gebiet der Frauenorganisation versuchten sich die rheinischen Reformen. Mit Hilfe einer vermögenden Dame aus bürgerlichen Kreisen, Fräulein Christmann in Köln (vielen unserer tätigen Kollegen vom Heimarbeiterschutzbund bekannt), gelang 1901 in Köln die Gründung eines örtlichen Frauengewerkschaftsvereins, dem noch weitere folgten. Man beschränkte sich nicht nur auf Arbeiterinnen, sondern suchte auch die Frauen der Gewerbetreibenden in diesen Vereinen zusammenzuführen. Der Zentralrat wollte anfangs nichts davon wissen, lenkte jedoch später ein und schritt 1902 zur Zentralisation der bestehenden örtlichen Vereine. Die „Düsseldorfer“ hatten bereits früher ein Statut entworfen, der Zentralrat verwarf dieses aber, schrieb es jedoch dann mit einigen Verbesserungen ab und stellte es später als eigenes Geistesprodukt hin. So ergab sich wenigstens der Gewerkschaftenbunde. Der etwas „modernisierte“ Nevers durfte natürlich nicht fehlen. Das ganze Gebilde des Frauengewerkschaftsvereins ist bis heute in Rheinland über den Stand der Dreihauskultur nicht hinausgekommen. Nicht zum wenigsten die Schuld hieran trägt wohl die Gründerin Fräulein Christmann selbst, und zwar wegen ihrer Unkenntnis des Arbeiterlebens, zum anderen wegen der von ihr protegierten „Frauenbeilage“ des Gewerkschaftsbote. Zur Aufklärung der Arbeiterinnen gehört denn doch etwas mehr als lange Artikel über Reformkleid, Reformfrisur und — last not least — vier bis fünf hintereinandergelagerte Abhandlungen von Fräulein Pauline Christmann über Geschlechtskrankheiten. Man scheint dies in Düsseldorf auch eingesehen zu haben, wenigstens nicht die jetzige von E. Lüders redigierte Frauenbeilage des Gewerkschaftsbote wohlwollend von ihrer Vorgängerin ab.

Zimmerlin muß anerkannt werden, daß es die Reformen auch an positiver Tätigkeit nicht fehlen ließen. Der im ersten Jahre in bedeutend größerem Format als heute erscheinende Gewerkschaftsbote enthielt namentlich in jener Zeit eine Fülle lehrreicher Artikel sozialpolitischen und auch anderen nützlichen Inhaltes. Der rheinische Ausbreitungsverband gab kurz und verständlich gefasste Broschüren heraus über die Versicherungsfrage (Haltensberg), Gewerbeverträge (Ertelen). Man betätigte sich an den Wahlen zum Reichsversicherungsamt, zu den Unfallschiedsgerichten, man petitionierte um den obligatorischen Proporz zu den Gewerbevertragswahlen, veranstaltete mit den Gewerkschaften Enquetes, hielt Protestversammlungen ab gegen die Zuchthausvorlage und den Brotkuchen. Das Gelingen dieser für den Fernstehenden so imponant erscheinenden Reformbewegung ist in der Intelligenz einzelner Personen begründet. Speziell im Düsseldorf-Bezirk war wohl von jeher die gewerkschaftliche Intelligenz am härtesten vertreten. Dazu kommt noch der leicht erregbare demokratische Geist des Rheinlands und nicht zuletzt die gute Schulbildung der Führer der Bewegung. Der jetzt für die Gewerkschaftsbewegung tote, sich heute in den Reihen der Bued und Beumer bewegende nationalliberale Chefredakteur Gottfried Stoffers war einer der ersten Väter der Oppositionsbewegung. Damals Chefredakteur einer in Düsseldorf erscheinenden demokratischen Tageszeitung, vertrat er darin mit Geschick und Umsicht die rheinische Bewegung. Der erste Redakteur des Gewerkschaftsbote, Haltensberg, gleich Stoffers ausgestattet mit Gymnasialbildung und aus bürgerlichen Kreisen stammend, übertrug ebenfalls an geistigen Besitz wohl die ganze Berliner „Zentralsonne“, ein Vergleich der von ihm redigierten Zeitung mit den übrigen offiziellen Hirsch-Dunderfischen Blättern berechtigt ohne weiteres zu dieser Schlussfolgerung. Sein Nachfolger in der Redaktion, Ertelen, ist ebenfalls nicht „als armer Elterner Kind geboren“. Hier verriet sich mit dem geistig nicht unbedeutenden Oppositionsführer der physische Trummer und Schwärmer. Schon die äußere Erscheinung bildet einen lebhaften Kontrast zu dem inneren Wesen. In die Spitze der Bewegung gestellt, genügt dem kaum fünfundsiebzigjährigen die engen Grenzen des Tätigkeitsgebietes seines Vorgängers nicht mehr. Er verstand es, die Bewegung auch nach außen hin heranzuholen zu machen. Über ganz Deutschland ein Netz von Korrespondenzen spannend, gelang es ihm, weite Kreise auch der bürgerlichen Presse auf seine Sache aufmerksam zu machen, und nicht nur für die Reformbewegung allein. Das Protegieren seiner Bewegung durch die Berliner Volkszeitung ist zum größten Teile sein Werk. Die angeblich von 70 Berichterstattern bediente, vor der Kritik zwar nicht standhaltende, an circa 60 Zeitungen weitervermittelte monatliche Arbeitsmarktberichterstattung ist eines dieser Mittel. Es gelang ihm, den Kreis der Mitarbeiter zu erweitern. Franny Jule, obwohl zu den modernen Gewerkschaften sich zählend, wurde eine der eifrigsten Mitarbeiterinnen am Gewerkschaftsbote sowohl als auch an sonstiger gewerkschaftlicher Reformarbeit, Propaganda für Tarifverträge u. s. w. Die Hoffnung mancher Gewerkschaften, sie dereinst ganz in ihren Reihen zu sehen, erfüllte sich nicht. Die Mitarbeiter-schaft scheint mit dem Disput über die neue „Gewerkschaftsreligion“ aufgehört zu haben, wenigstens ist die früher prompt erscheinende wirtschaftliche Monatsrundschau seit jener Zeit ausgeblieben. Zudem ist Fräulein Jule heute in den Kreisen der Gewerkschaftsarbeit hervortretend tätig. — Bei der Tragheit und dem mangelnden Bewußtsein vom Selbstbestimmungsrecht weiter Mitgliederkreise war es Ertelen ein Verhängnis, überall mit seinem Willen durchzudringen, denn nur so läßt sich zum Beispiel das Experiment der gewerkschaftlichen Beteiligung an den Düsseldorf-er Stadtratswahlen erklären. Er konnte schalten und walten, man folgte ihm blindlings — das Produkt gewerkschaftlicher Erziehung während 31 Jahren. Die für den Außenstehenden unverständliche Agitation gegen die Beitrags-erhöhung bei den Maschinenbauern war wohl lediglich seinem Einfluß zuzuschreiben.

Neben diesen Führern verfügen die Düsseldorf-er über einen Kreis nicht ungeschickter Agitatoren, wir nennen Broder, Lange, Reher, Schuhmacher, Siegel.

Alle diese äußeren Umstände trugen im Verein mit der von Ertelen geübten Methode dazu bei, die Düsseldorf-er Bewegung auch außen hin hervortreten zu lassen, mehr als die im übrigen Deutschland. Aber auch nur nach außen hin. Wie dem Wanderer in der Wüste die Kata morgana sich zuletzt als ein blendendes Truggebilde offenbart, so läßt sich auch für den näher Schauenden die gewerkschaftliche Oppositionsbewegung in das Truggebilde einzelner Personen auf. Eine Handvoll Männer, deren Fleiß einer besseren Sache wert wäre, leisten eine Sympsonarbeit! Das Gros der hinter ihnen Stehenden ist nicht besser als die Gewerkschaften im übrigen Deutschland, das haben unsere dort in der Führung der Bewegung stehenden Kollegen nur zu oft bitter empfinden müssen. Bei einigen Experimenten würden sie ihrem Arbeitercharakter nicht eine so föhliche Beteiligung zuteil werden lassen. „Eize jäh, unbilligste Masse, aus der sich kein Kunstgebilde meißern läßt“, zusammengehalten durch langjährig erworbenes Kaffeerecht, sind sie jeder anderen Idee unzugänglich. Von dem Augenblick an, wo die Gewerkschaften durch die Macht der Verhältnisse gezwungen werden, ihre Beiträge zu erhöhen, wo sie die Schmelzkonkurrenz der niedrigen Beiträge einstellen müssen, werden die wenigen, die ihnen heute noch zu Rettung zulassen, ihnen auch noch fernbleiben.

Das der Hirsch-Dunderfische Bloß im 34-jährigen Schlafe verfaßt, läßt sich nicht mehr nachholen. Der Bloß kann nur weiter-schlafen oder zerfallen, und er wird nun so eher zerfallen, je eher Zerfall und seine Freunde zur Bewirtung ihrer politischen Kräfte werden. Da wären alle Artikel über „Neue Momente“, „Neue Theorie“ und „Macht der Idee“ nichts.

Auf die neue Idee der Reformen, die Gründung einer Gewerkschaftspartei, werden wir in einem späteren Artikel zu sprechen kommen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 24. Juli der 31. Wochenbeitrag für die Zeit vom 24. bis 30. Juli 1904 fällig ist.

Wie eine Anzahl Beschwerden ergeben, werden von verschiedenen Verwaltungsstellen die mit dem 1. Juli in Kraft tretenden Bestimmungen des Statuts in bezug auf die Auszahlung der erhöhten Unterstützungssätze nicht richtig eingehalten. Insbesondere ist die Ansicht vorhanden, daß diejenigen Mitglieder, welche vor dem 1. Juli bereits mit der Reiseunterstützung ausgestellt waren, nach dem 1. Juli nun noch diesen Betrag nachbezogen können, der ihnen nach § 6 Abs. 4 und § 7 Abs. 2 des Statuts zustände, wenn sie bis zum 1. Juli noch nicht ausgestellt gewesen wären. Dies ist nicht der Fall. Wir verweisen hierüber nochmals auf die bereits in Nr. 26 erschienene Bekanntmachung:

Im allgemeinen haben auf diese erweiterten Unterstützungen nur die Mitglieder Anspruch, die für 52 Wochen die erhöhten Beiträge mit 40 oder 15 Pf. bezahlt haben. Mitglieder, die dieses nicht getan haben, sind abzuweisen und zur Erfüllung dieser Pflicht anzuhalten.

Im besonderen ist zu beachten beim

Reisegeld und bei der Ortsunterstützung.

daß die höheren Sätze nur an Mitglieder bezahlt werden dürfen, die am 1. Juli noch nicht ausgestellt waren. Ausgestellt ist ein Mitglied, wenn es vom jeweiligen Erhebungstag (also dem Tage, an dem es sich zwecks Erhebung von Reisegeld oder Ortsunterstützung meldest) 52 Wochen zurückgerechnet, die bisher geltende Jahressumme an Reisegeld oder Ortsunterstützung erhoben hat. Meldest sich also beispielsweise ein Mitglied am 1. Juli zum Zwecke der Erhebung von Reisegeld oder Ortsunterstützung, so gilt es als ausgestellt, wenn es in der Zeit vom 1. Juli 1904 bis zurück zum 2. Juli 1903 die bisher geltende Jahressumme an Reisegeld oder Ortsunterstützung erhalten hat. Die bisherige Jahressumme betrug nach einer Mitgliedschaft von

52 Wochen 42 Mk. für männliche,	21,— Mk. für weibliche Mitglieder
104	49
156	56
208	63
260	70
	24,50
	28,—
	31,50
	35,—

Fällt in der zurückliegenden Zeit der erste Erhebungstag mit dem ersten Tag der abgelaufenen Zeit, also mit dem 2. Juli 1903, zusammen, so kann das Mitglied vom 2. Juli 1903 wieder Reisegeld oder Ortsunterstützung beziehen. Es ist aber an jedem Erhebungstag die in den letzten 52 Wochen erhaltene Summe zusammenzuzählen und darauf zu achten, daß die vom 1. Juli an geltende Jahressumme nicht überschritten wird. Fällt jedoch innerhalb der abgelaufenen 52 Wochen der erste Erhebungstag nicht mit dem ersten Tag dieser abgelaufenen Zeit zusammen, so treten für das aus-gestellte Mitglied die höheren Sätze erst 52 Wochen nach dem ersten Erhebungstag in Kraft. Fiel also, um ein Beispiel anzuführen, der erste Erhebungstag nicht auf 2. Juli 1903, sondern auf einen späteren Tag, vielleicht den 10. Oktober 1903, so würde das Mitglied erst am 9. Oktober 1904 frühestens wieder Reisegeld oder Ortsunterstützung erheben können und dann auch Anspruch auf die höhere Jahressumme haben, vorausgesetzt, daß es für die zurückliegende Zeit die erhöhten Beiträge bezahlt hat.

Hat ein Mitglied innerhalb der am Erhebungstag abgelaufenen 52 Wochen mehr an Ortsunterstützung oder Reisegeld als die ihm nach Statut zustehende Jahressumme erhalten, so ist es ausgestellt, und es verlängert sich für dasselbe die Wartezeit um so viele Tage, als es Markt und angefangene Markt zu viel erhoben hat. Hat zum Beispiel das Mitglied, das am 10. Oktober 1903 die erste Unter-stützung erhielt, statt 49 Mk. 64,50 Mk., also 15,50 Mk. mehr erhalten, so verlängert sich seine Wartezeit um 16 Tage (1 Tag pro Markt oder angefangene Markt), und darf das Mitglied dann nicht schon am 9. Oktober, sondern erst am 25. Oktober (9 + 16) 1904 Reisegeld oder Ortsunterstützung erheben.

Als zu viel erhaltene Unterstützung gelten auch die Unter-stützungsbeträge, die von einem Mitglied während der Zeit einer Beitragsbefreiung erhoben wurden. Die etwa in dieser Zeit zu Unrecht erhobene Reisegeldbeträge sind dem Mitglied, wenn es ausgestellt ist, zur Wartezeit hinzuzuzählen; wenn es noch nicht ausgestellt ist, ist die Auszahlung der Unterstützung auf so viel Tage vorzuzerhalten, als das Mitglied während der beitragsfreien Zeit ganze und angefangene Markt zu Unrecht erhoben hat.

Einseitig der Arbeitslosenstatistik

erheben wir alle arbeitslosen Mitglieder an Orte, auch die, welche noch nicht unterstützungsberechtigt sind, sich stets bei den örtlichen Verbandsstellen zu melden.

Die in den Eisen- und Metallgießereien tätigen Mitglieder unseres Verbandes, die auch der Schweiz reisen oder dort in Arbeit treten wollen, werden ersucht, sich stets bei den Sektionen des Schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes und nicht etwa bei dem außerhalb dieses Verbandes stehenden Siebertartel zu melden, da sie im letzteren Falle ihrer Rechte auf Unterstützung sowie ihrer Mitgliedschaft verlustig gehen würden.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptklasse die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Guben die Erhebung eines Extrabeitrags von 10 Pf. pro Monat.

Der Verwaltungsstelle in Göttingen die Erhebung eines Extrabeitrags von 5 Pf. pro Woche ab 15. Juli.

Der Verwaltung Kommissar die Erhebung eines Extrabeitrags für die Klempner von 20 Pf. pro Woche.

Den Verwaltungsstellen in Albrecht, Genuisch, Wehlis und Suhl die Erhebung eines Extrabeitrags von 10 Pf. pro Monat.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3, Abs. 3, des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Amberg: der Schlosser Franz Güt, geb. am 4. Februar 1874 in Suhl, Buch-Nr. 421266, wegen Erziehungswidrigkeit der Arbeitslosenunterstützung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Weibert: der Schlosser Albert Rode, geb. am 3. August 1877 in Weibert, Buch-Nr. 690467, wegen unkollegialen Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Lauenburg a. d. E.: der Schlosser Wilhelm Sauerbier, geb. am 28. Februar 1869 zu Lauenburg, Buch-Nr. 65941, wegen unkollegialen Verhalten.

Es warnt wird: Vor dem Schlosser oder Monteur Anton Bergmann aus Wien. Derselbe wurde im Jahre 1902 aus dem Schweizer Metallarbeiter-Verband ausgeschlossen, verließ es aber, im Jahre 1903 sich in der Sektion Baden (Schweiz) einzuschleichen.

verschwand aber von dort, ohne Beiträge bezahlt zu haben. Er war bis jetzt noch im Besitz des Schweizer Mitgliedsbuches in dem er den ursprünglichen Eintrittsdatum gefälscht hatte, so daß sein Wiedereintritt vom 4. Juli 1904 datiert.

Wieder aufgenommen wird:

Auf Antrag der Sektion der Formner in Nürnberg: der Formner Ludwig Hirschmann, geb. am 30. April 1877 zu Mühlhausen.

Berichtigung.

In der Quittung Nr. 29 ist zu ändern, daß von Halle a. S. nicht 140 Mk. sondern 1400 Mk. eingekandt wurden.

Alle für den Verband bestimmten Selbstsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Drechern nach Bamberg (Kraus & Thomas) M.;
- von Fahrnarbeitern nach Schnebeck a. G. (Metallindustrie) D.;
- von Feinschleifern nach der Schweiz;
- von Feinschleifern nach Dresden; nach Nürnberg (Bed. Sietz, Christian Schmidt, Obere Mentergasse 12; Adan Singer, Wärenschanzstr.; Jean Kieß, Fürtherstr.; Michael Pleiser, Paradiesstr.); nach Fürth (Ludwig Spiegelberger, Königs-warterstr.); nach Stuttgart (Wittlen) D.;
- von Formnern und Eisengießereiarbeitern nach Bamberg (Kraus & Thomas) M.; nach Basel, (Maschinenfabrik Basel, Schweiz); nach Braunschweig D.; nach Chemnitz (Schreier) M.; nach Gießen (Wohlschlag) M.; nach Hannover (Wohlschlag) M.; nach Neuenburg (Wülfel-fabrik Staub) M.; nach Niederfeld (Hörsch & Co.) St.; nach Solingen (Wool) D.; nach Stettin (Wulkan) L.; nach Heulenroba (Döhler & Riedle) D.;
- von Gießereiarbeitern, Drechern, Schweißern, Weizern, Drechern und Formnern nach Mainz (Beleuchtungsindustrie) L.;
- von Formnern nach Solingen-Wald (Ern) St.;
- von Klempnern nach Bernburg L.; nach Halle a. S., D.; nach Leipzig St.; nach Biegen (Schlüber) M.; nach Mühlhausen i. G. v. St.; nach der Schweiz, besonders Lausanne und Freiburg;
- von Maschinenbauern nach Bamberg (Kraus & Thomas) M.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Bielefeld (Fahrar-beitefabrik Lohmann) D.; nach Budapest in Ungarn (Zellerinsche Aktiengesellschaft); nach Braunschweig D.; nach Gotha (Gothaer Waggonfabrik) M.; nach Heidenheim (F. M. Roth) M.; nach Heilbronn (Gesellschaft für Heiz- und Beleuchtungswerke) M.; nach Nordhausen (Gebhardt & Kömig) D.; nach Regensburg i. Ungarn (Siemens-Schudert-Werke) St.;
- von Metallarbeitern nach Biegen (Schlüber) M.;
- von Metallformnern nach Berlin;
- von Metallschleifern nach Dresden besonders, (W. Sieber in Neustadt) D.;
- von Schleifereiarbeitern nach Solingen (Emil Wolfert) D.;
- von Schweißern und Drechern nach Friedrichsroda (F. Schönau) M.;
- von Schweißern nach der Schweiz, besonders Lausanne, Freiburg und Basel.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche über-haupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohn-bewegung; M.: Ausperrung; D.: Differenzen; W.: Wapregelung; N.: Mißstände; R.: Lohn- oder Afford-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen An-gaben in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Be-vollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle be-steht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Korrespondenzen.

Formner.

Chemnitz. Die Lohnbewegung der Formner und Gießereiarbeiter bei Hugo Schreier und die nächsten Aufgaben der Chem-niger Formner behandelte der Kollege Krause in einer gut besuchten Versammlung im Volkshaus. Die Lohnbewegung in der Schreier'schen Gießerei sei die erste Bewegung von Bedeutung unter den hiesigen Gießereiarbeitern seit dem Jahre 1900, wo die wirtschaftliche Krise ihren Eingang hielt. Es zeigte sich hier so recht, wie sehr die Arbeiter unter dem wirtschaftlichen Druck verfallt und verunsichert seien. Denn in der Schreier'schen Gießerei war die Behandlung seitens des Chefs eine sehr grobe. Beleidigungen größter Art wurde den Leuten zuteil, ohne daß diese sich getraut hätten, dagegen Stellung zu nehmen. Sogar Prüfte hat es dort gegeben, trotzdem hielten die Kollegen auf ihrem Arbeitsplatz aus, nur um nicht ganz brotlos zu werden. Wenn sie, habe es sich hier wieder gezeigt, daß je weniger ein Arbeiter verdiene, je tiefer sei seine Stellung in der Kultur, je mehr schwindet das Selbstvertrauen des einzelnen. Die Verteilung der einzelnen Arbeiten würde in dieser Gießerei vollständig willkürlich gehandhabt, desgleichen auch die Lohnberechnung, wodurch wieder die Schmarotzerei und Liebedienerei großgezogen ist. Noch länger und intensiver Arbeit bedürfe es, ehe das Günstlingstum aus den hiesigen Gießereien verschwinden werde. Und fast immer seien es die älteren Kollegen, die nicht offen und ehrlich handelten, und dadurch Mißtrauen säeten. Die Arbeitszeit in der Schreier'schen Gießerei sei oft ins Unendliche und manchmal bis nachts 10 und 11 Uhr und noch länger ausgebeutet, so daß die Gussputzer und Hand-arbeiter überhaupt nie wußten, wann sie Feierabend hatten. Auch die sanitären Einrichtungen sowie die Sonntagsarbeit haben erst eine Besserung erfahren, nachdem die öffentliche Kritik einsetzte und dem Chef alle bestehenden Ubelstände in seinem Betrieb von dem Bevollmächtigten des Verbandes schriftlich mitgeteilt wurden. Vorerst glaube Herr Schreier nicht notwendig zu haben, dem Arbeiter-ausschuß genügend Gehör zu schenken, lehnte es auch ab, mit einem Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes zu unterhandeln. Erst nach-dem am 28. Februar eine Formner- und Gießereiarbeiter-Versammlung stattfand, wo die Zustände der Schreier'schen Gießerei einer scharfen Kritik unterzogen wurden, gelang es dem Bevollmächtigten, mit Herrn Schreier Rücksprache zu nehmen und den Wunsch einer Lohn- und Affordabelle anzulegen, damit jeder Arbeiter wisse, was er zu fordern habe. Dieses erklärte Schreier: als unmöglich für eine Handlungsgießerei, auch sei es nicht möglich, wegen Gießen eine geregelte Arbeitszeit und pünktlichen Feierabend einzuführen. Darauf sei dann von dem Bevollmächtigten mit Zustimmung mehrerer Arbeiter eine Lohn- und Affordabelle aufgestellt und, nachdem von circa 240 dort beschäftigten Kollegen 207 ihre Unterschrift gegeben, Herrn Schreier zugestellt worden. Dieser zeigte sich sehr unzugäng-lich, weshalb das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen wurde. Auch dort lehnte es Herr Schreier ab, in Unterhandlung einzutreten, ließ sich nun aber herbei, mit dem Arbeiterausschuß über die Tarifvorlage zu unterhandeln. Wenn nun hierbei auch nicht viel erzielt sei, sagte der Referent, so habe man doch den Beweis geführt, daß der Abschluß von Tarifverträgen auch für Gießereien möglich und der Willkür, daß die Arbeiter in Afford 25 bis 76 Pf. pro Stunde, oder 16 bis 50 Mk., vereinzelt auch wohl bis 70 Mk.

pro Woche verdienten, ein Ziel gesetzt sei. Was nun die Vorteile betrifft, die diese Lohnbewegung gebracht habe, so waren sie für die Bankformer am größten, weil diese sich am meisten gerührt hatten. Denn sie erhielten bei einer Anzahl Artikel 7, 16, 20, auch 30 Prozent Zulage und mehrfach ist eine Regelung der Lohnberechnung durchgeführt. Geringer sind die Vorteile für die Former im Mittelzeug. Ihnen wurde wohl auch ein Aufschlag von 14, 15 und 20 Prozent bei einzelnen Sachen gewährt, eine größere Anzahl Artikel blieb aber unberücksichtigt. Die Großformer haben nur auf einzelne Artikel einen Aufschlag erzielt in Höhe von 14, 16 und 25 Prozent, weil diese mit ihrer Lage zufrieden sind. Die Maschinenformer haben einen Spezial-Lohnvertrag, den aber niemand kennt. Für diese wurde ein Minimalverdienst von täglich 4 Mk. gefordert, mußte aber fallengelassen werden. Maschinenformer sollen erhalten 35 bis 55 Pf. pro Stunde, gefordert waren 60 Pf., oder in Accord für 100 Kilo 5 Mk. Ein Kleinformer erhält 60 Pf. pro Stunde und die Metallformer 30 bis 45 Pf. Bestehende verdienen bisher 25 bis 40 Pf. Für Kernmacher ist der Minimallohn auf 28 Pf. pro Stunde festgelegt, wie er für solche im Alter bis 21 Jahre gefordert wurde. Der für ältere Kernmacher geforderte Minimallohn von 35 Pf. war, da die Kernmacher selbst wenig Lust zeigten, für ihre Interessen einzutreten und mehrere dem Verband fernblieben, nicht durchführbar. Besser haben die Schupfer abgehandelt, da ihnen der Preis mit Ausnahme von Schleusenlauf, wo es 20 Pf. für den Doppelseitner gibt, für 100 Kilo von 66 auf 70 Pf. erhöht wurde. Für Hilfsarbeiter war ein Minimallohn von 28 Pf. gefordert, ist aber nur ein solcher von 25 Pf. erreicht worden. Auch hier lag es an den Arbeitern selbst, da sie wenig Lust zeigten, Mitglied der Organisation zu sein. Der Referent forderte die Schreierischen Arbeiter auf, stramm auf Ordnung zu stehen, wenn sich ihre jetzige Position nicht verschlechtern solle. Die jahrelange Unordnung, wie solche in Hinblick auf Arbeitszeit und Lohnberechnung in dieser Gießerei bestanden habe, weige leicht zu Rückfällen, wurde doch schon sofort nach Abschluß des Vertrags, und leider ein paarmal sogar mit Erfolg, versucht, niedrigere Preise zu zahlen. Da der Ingenieur nebst sämtlichen Meistern anwesend waren, beleuchtete der Referent deren Tätigkeit, und sagte ihnen auf den Kopf zu, daß sie als Beamte der Schreierischen Fabrik keinen Grund hätten, die Arbeiter anders als anständig zu behandeln, da ja auch ihnen schon gesagt sei von Herrn Schreier, er möchte bloß wissen, wozu sie da seien, und er schmeiße sie noch alle hinaus. Für Schreier sei es schwer, in Chemnitz Meister zu bekommen, weshalb er den Ausspruch tat, er wolle mehr Meister einstellen und wenn er sie von Paris holen müsse. Es sei ihm jetzt aber gelungen, einen von Meissen zu erhalten. An der Diskussion beteiligten sich außer einer Anzahl Kollegen, die im Sinne des Referenten sprachen, der Ingenieur Ehrhard, die Meister Feinze und Müller, welche versuchten, die Angriffe gegen Schreier zurückzuweisen, was ihnen unmöglich war. Schreier versuchte in so brüskem Tone zu sprechen, daß er sich sagen lassen mußte, er sei erst kurze Zeit Meister und solle sein Betragen so einrichten, daß wenn er kein Wertzeug wieder ausgraben müsse, um als Former zu arbeiten, seine späteren Kollegen sich seiner nicht zu schämen brauchten. Die Former anderer Fabriken wurden aufgefordert, Sorge zu tragen, alle Kollegen, soweit man sie als solche betrachten könne, dem Verband zuzuführen. Es müsse versucht werden, bessere Löhne und geregelte Arbeitszeit zu erzielen. Um geregelte Zustände zu erhalten, sei der Abschluß von Tarifverträgen notwendig. Einstimmig angenommen wurde in dieser sehr sachlich zu Ende geführten Versammlung folgende Resolution: „Die heute im Volkshaus-Kolossium tagende Versammlung für Former und Gießereiarbeiter spricht den Kollegen, die an der Lohnbewegung in der Schreierischen Gießerei teilgenommen, ihre Sympathie aus. Es wird aber erwartet, daß jeder dortige Kollege, soweit er es ehlich meint mit der Arbeiterbewegung, Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist, damit die jetzt in der Schreierischen Fabrik festgesetzten Löhne nicht durchbrochen werden, daß vielmehr Sorge getragen wird, eine weitere Regelung in der Lohnberechnung eintreten zu lassen. Auch in Hinblick der Arbeitszeit muß dafür Sorge getragen werden, daß der Jehnfundtag, wie dieser in der Arbeitsordnung vorgesehen, auch in Wirklichkeit Geltung hat. Weiter versprochen die Anwesenden, dafür Sorge zu tragen, daß jeder Former und Gießereiarbeiter, soweit er der Arbeiterbewegung nicht feindselig gegenübersteht, Mitglied des Metallarbeiter-Verbandes wird, da nur dann es möglich ist, der heutigen willkürlichen Lohnberechnung, die häufig an Betrug grenzt, ein Ende zu bereiten. Die Versammelten erkennen an, daß es möglich und praktisch durchführbar ist, Tarifverträge abzuschließen, und daß es nur dann erst wird möglich sein, die Schmutzkonkurrenz zurückzudrängen.“

Eintrachtshütte (D.-S.). Wenig ist bisher aus unserer polnisch-russischen Gießerei in die Öffentlichkeit gedrungen. Das liegt nicht daran, daß die Kollegen zu scheu sind und Furcht haben, Mitteilungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu machen. Erfährt man aber etwas, so ist es gewiß nichts gutes. So werden jetzt in der Formerei Abzüge gemacht, die jeder Beschreibung spotten. Während es noch bis vor etwa 7 bis 8 Wochen für Kolbenringe 7 Mk. gab, wurden vor einigen Wochen 5 Mk. bezahlt, und jetzt soll diese Arbeit für 3 Mk. gemacht werden. Da der Formermeister Juroc aber keinen Former fand, der die Arbeit für diesen Preis herstellen wollte, mußte er selber die Arbeit machen, gleichzeitig wollte er wohl auch beweisen, daß der Preis für die Arbeit, etwa 5 bis 6 Zentner wiegend, nicht zu niedrig sei. Er arbeitete also, nahm sich zwei Schichten, zwei Behälter und zeitweilig noch zwei Kernmacher zu Hilfe. Das alles half aber nichts, die beiden Stück Kolbenringe, welche der gute Meister Juroc mit Hilfe der oben bezeichneten Mannschaften fertig gemacht hat, sind doch alles in allem auf über 12 Mk. Arbeitslohn gekommen. Der beste Beweis dafür, daß die Arbeit zu niedrig bezahlt ist. So wie bei diesem Artikel ist es aber bei Hundert anderen Arbeiten auch, so daß Former, welche sich nicht gerade alles bieten lassen, sehr bald der Eintrachtshütte den Rücken kehren. Denn nicht nur niedrige Bezahlung, sondern auch schlechte Behandlung haben die Kollegen zu erdulden. Da fliegen Schimpfparole herum, auch darf keiner mit dem anderen sprechen. Nebenbei steht das Schmutzsystem in schönster Blüte. Mit allen diesen Dingen werden wir uns später noch spezieller befassen.

Wannheim. Der Zustand in der Gießerei Joh. Beckenbach ist beendigt. Infolge der Einigkeit der Arbeiter (6 Tage war die Gießerei vollständig leer) sah sich Herr Beckenbach gezwungen, Zugeständnisse zu machen. Durch Verhandlungen vor dem Gewerbeamt Dr. Erdel einigten sich die Parteien. Die Forderungen wurden als berechtigte anerkannt und wurden dementsprechende Lohn-erhöhungen bewilligt. Es bekamen 1 Mann 5 Pf., 9 Mann 3 Pf., 8 Mann 2 Pf., die übrigen 1 Pf. pro Stunde zugelegt. Auch die übrigen Punkte, Einschränkung von Schrägen, Waschvorrichtungen etc. werden erfüllt. Bleiben die Arbeiter derart einig, so wird manches unter der Hand ohne Streit errungen werden können.

Gold- und Silberarbeiter.

Pforzheim. Noch immer lagert die Krise auf der Gold- und Silberwarenfabrikation und wenn der hiesige Kreditorenverein mit Befriedigung konstatiert, daß die hiesige Gold- und Silberwarenbranche die wirtschaftliche Depression der letzten Jahre im wesentlichen gut überstanden und der russisch-japanische Krieg auch nicht so große Nachteile für den hiesigen Platz gebracht als befürchtet wurde, so sind wir die letzten, die dies nicht begrüßen, denn ohne Zweifel würde die Arbeitslosigkeit noch größer, das Aussehen von der Arbeit noch häufiger sein, wenn dieser Wälzer noch, an dem das arbeitende Volk nicht das geringste Interesse hat, noch große Nachteile für die Gold- und Silberwarenfabrikation gebracht hätte. Gestagt wird in dem Bericht des Kreditorenvereins, daß in der Kleinwarenwarenbranche die Preisunterbietung eine ungläubliche Ausdehnung angenommen habe und der Vorstand es mußte deshalb ablehnen, eine kaufmännische Kalkulation vorzunehmen. Wir werfen die Frage auf, wodurch ist es möglich, daß so große Preisunterbietungen vorkommen? Die Antwort ist leicht: Bloß durch Zahlen niedriger Löhne, das heißt durch Ausbeutung en gros ist es möglich, daß die Herren Fabrikanten sich gegenseitig in dieser von ihnen selbst nicht gebilligten Art unterbieten. Der Vorstand des Kreditorenvereins gibt nun den

Fabrikanten der Kleinfilberwarenbranche den Rat, sich das Vorgehen der Kettenfabrikanten zum Muster zu nehmen. Diese haben in letzter Zeit, das heißt mit Wirkung vom 1. Juni, den Doppelpreis in die Höhe geschraubt. Hierbei haben aber verschiedene große Firmen der Kettenbranche, als der Beschluß, vom 1. Juni an den Doppelpreis zu erhöhen, angenommen wurde, anfangs Mai Zirkulare an die Kundtschaft gesandt und sie ersucht, möglichst noch in Mai ihre Bestellungen aufzugeben, da vom 1. Juni ab der Doppelpreis erhöht wird. So schafften die Herren Fabrikanten, und die Arbeiter sind es, die diese Art des Geschäftemachens bezahlen müssen. Betrachten wir uns das Arbeitsverhältnis der Pforzheimer Gold- und Silberarbeiter, so dürfen wir wohl sagen, hier ist noch viel zu tun. Die Arbeiterchaft, und zum Teil die Verbandskollegen selbst, lassen es nicht nur an dem nötigen Interesse fehlen, sie glauben nicht daran, daß wir durch eine straffe Organisation in der Lage sind, die Löhne zu heben und das Arbeitsverhältnis zu verbessern. Wir behaupten, durch eine straffe gewerkschaftliche Organisation, durch eine Arbeiterchaft, die auf einen menschenwürdigen Lohn hält, sind wir auch in der Lage, dem großen Mißstand der Preisunterbietung der Unternehmer unter sich Einhalt zu tun. In immer mehr Köpfen hat der Gedanke tariflicher Festlegung Einzug gehalten, dies beweist uns eine öffentliche Schleiferversammlung, die unlängst hier abgehalten wurde; es wurde eine Resolution angenommen, die nicht nur verspricht, energisch gegen jede Verschlechterung aufzutreten, sondern von verschiedenen Kollegen wurde bemerkt, man müsse im Schleifer- und Poliergewerbe auch zum Tarifabschluß kommen, dann könne man wesentlich sichere Arbeitsverhältnisse erreichen. Wenn also durch eine straffe Organisation es möglich ist, mit den Unternehmern Tarife abzuschließen, so wird es noch weit eher möglich sein, das Arbeitsverhältnis nach der Seite hin zu verbessern, daß die Behandlung eine anständige wird. Kommt es doch hier vor, daß man zu Arbeitern, die zwölf Jahre in einer Fabrik schaffen, „elende Pflücker“ jagt, und weiter vorkommt, daß der Fabrikant den Arbeitern zuruft: „Sie fliegen raus! So ist noch keiner rausgeflogen wie Sie!“ u. s. w. Aus allen diesen Vorkommnissen der letzten Zeit sollten die Gold- und Silberarbeiter sich eine Lehre ziehen und sagen, wenn jetzt die Schreierischen über unsere Lage geäußert sind, wollen wir gemeinsam mit den anderen Mitgliedern des Verbandes die Werberformeln rühren, um neue Mitglieder aus den Reihen der Gold- und Silberarbeiter zu gewinnen, um dann den gemeinsamen Feind schlagen zu können. Wahrlich, die Verhältnisse in der Gold- und Silberwarenfabrikation sind so elend anarchisch, daß alles darangesetzt werden muß, dieselben zu verbessern, liefern doch die Fragebogen den Beweis für unsere Behauptungen. Also mer da will, daß hier eine Änderung platzgreifen soll, der muß mitarbeiten, aber nicht nur durch Beitragszahlungen, das genügt allein nicht. In die Versammlungen müssen die Kollegen kommen, denn es ist eine Schande, wenn von 600 Mitgliedern bloß 20 bis 30 in den Mitgliederversammlungen anwesend sind. Mit einem Worte, neues Leben muß hier hineingetragen werden, und dies wollen wir tun im Interesse der Mitglieder und des Gesamtverbandes.

Klempner.

Leipzig. In der in Nummer 28 dieser Zeitung unter dieser Rubrik enthaltenen zweiten Korrespondenz, hat sich durch Verwechslung ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen. Es heißt da: Leipzig. Bis jetzt hat es zu einer Verständigung noch nicht kommen können, wenngleich nunmehr endlich von den Meistern Vorschläge gemacht werden, über die sich wenigstens reden läßt. Der Innungsvorstand bietet nunmehr 42 Pf. pro Stunde für Ausgelerte im ersten Jahre, 46 Pf. für junge Leute bis zu 21 Jahren, darüber 49 Pf. Mindestlohn.

Diese Zugeständnisse waren von der Innung bereits unterm 23. Juni gemacht und wie aus dem in Nummer 28 an erster Stelle enthaltenen Bericht hervorgeht von den Streikenden abgelehnt worden. Daraufhin schlug der Innungsvorstand um je 1 Pf. höhere Sätze vor und schien auf dieser Grundlage eine Verständigung möglich. Wie wir in Nummer 29 berichteten, ist diese aber auch nicht erfolgt, da die Meister in ihrer Gesamtheit nicht auf die Vorschläge des Innungsvorstandes eingingen. Der Streik dauert daher unverändert fort. Dem Beschluß der vorigen Versammlung gemäß hatte die Hilfskommission das offizielle Einigungsverfahren vor dem Gewerbeamt beantragt, worauf nach wenigen Tagen folgendes Schreiben einging: „Die Klempnerzwangsinnung hat auf die an sie gerichtete Aufforderung, zu der am den 11. Juli dieses Jahres gemäß § 67 des Gewerbeamtgesetzes angelegten Einigungsverhandlung die Vertrauensmänner zu benennen, erklärt, daß sie eine weitere Verhandlung vor dem Einigungsamt ablehne. Das Gewerbeamt ist daher nicht in der Lage, gegenwärtig in der Angelegenheit etwas weiteres zu veranlassen. Das Gewerbeamt der Stadt Leipzig, Stadtrat Dr. Ackermann, Vorsitzender.“ Das Antwortschreiben der Innung an das Gewerbeamt hat folgenden Wortlaut: „Im Besitz ihrer Jurisdiktion vom 7. Juli 1904 dankt die unterzeichnete Innung dem verehrlichen Gewerbeamt für die gehabte viele Mühe, den Streik der Klempnergehilfen beizulegen, lehnt aber nunmehr eine offizielle Verhandlung vor dem Einigungsamt ab. Die Klempnerzwangsinnung zu Leipzig, S. A.: gez. Rudolf Pleffe, Obermeister.“

Metallarbeiter.

Altona und Umgegend. Am 30. Juni referierte bei Threndt, Bahrenfelderstraße, in öffentlicher Versammlung Kollege A. Cohen-Berlin über: „Die Bedeutung der Gewerkschaften“. Die deutschen Metallarbeiter gehen schweren Kämpfen entgegen. Während sich bei den Unternehmern bedeutend schneller die Erkenntnis Bahn bricht, daß nur Einigkeit den Forderungen der Arbeiter einen Damm entgegensetzen kann, ist die Arbeiterbewegung in Deutschland noch darauf verpöhlert in verschiedene Organisationen, daß an ein einheitliches Ganges, und dadurch an einen wirkungsvollen Widerstand dem Unternehmertum gegenüber nicht gedacht werden kann. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband sucht, wo es gilt, vereint zu schlagen, die Bundesbruderschaft anderer Organisationen. Und da sei es vor allen Dingen notwendig, genau zu prüfen, welcher Organisation man die Bundesbruderschaft anbiete. Der Hirsch-Dunderscher Gewerbeverein ist nur eine Arbeiterorganisation, wo man alles andere, nur keine Bundesbruderschaft findet. Eine Organisation, welche ihren Mitgliedern vorschreibt, welcher Parteiprogramm sie angehören sollen und welche laut Newers ihre Mitglieder erklären läßt, daß sie weder Mitglieder noch Anhänger der Sozialdemokratie seien, kann in Wirklichkeit von einer auf Grund der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisation nicht als Arbeiterorganisation angesehen werden. Der Streik wurde zwar auf der zwölften Generalversammlung des Gewerbevereins 1902 gestrichen, zu gleicher Zeit aber eine Resolution Gleichauf angenommen, in der es heißt: „Die Änderung des Streiks herührt in keiner Weise die bisherigen Grundansichtungen des Gewerbevereins.“ Die ganze Haltung bei Streiks u. s. w., welche der Hirsch-Dunderscher Gewerbeverein einnimmt, verdient erwähnt zu werden, um den deutschen Metallarbeitern zu zeigen, welche Freunde der Arbeiter gerade die Hirsch-Dunderscher Gewerbevereine sind. Redner führt zahlreiche Fälle an (oftmals unterbrochen von lauten Pfuirufen), worin die unehrlichen und schäbigen Kampfmittel der Hirsch-Dunderscher Gewerbevereine zutage trat. Aber alles das wird von dem Streik bei Mehlisch in Berlin 1903 in den Schatten gestellt. Hier handelte es sich um einen Streik für Verbesserung der Lage der Arbeiter. Die Forderungen waren gemeinschaftlich von den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und denen des Hirsch-Dunderscher Gewerbevereins gestellt, und im Falle der Ablehnung durch die Firma der Streik nicht über Dreierstimmigkeit aller Versammlungsteilnehmer beschlossen. Die Abtunung war geheim, und auch Hirsch-Dunderscher Gewerkschaftsmitglieder wirkten als Stimmzettelsammler mit. Ebenso war den Hirsch-Dunderscher, trotzdem nur 20 Mitglieder gegen 430 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beteiligt waren, Sitz und Stimme im Streikkomitee eingeräumt worden. Der Streik wurde am 22. Mai inszeniert, und es beteiligten sich auch die Hirsch-Dunderscher Gewerbevereinsmitglieder daran. Hatte vorher

die Firma jede Unterhandlung abgelehnt, so wurde es anders, als von 600 Arbeitern nur sechs die Arbeit wieder aufnehmen. Die Kommission wurde vorgelassen und verschiedene Zugeständnisse wurden bewilligt. Die Ausständigen wollten in einer zweiten Versammlung beschließen, welche Schritte zu unternehmen seien. In dieser Zeit bis zu dieser zweiten Versammlung war es, wo die Arbeiter von den Hirsch-Dunderschen Gewerbevereinen verraten wurden. Der Sekretär des Gewerbevereins der Hirsch-Dunderschen, Herr Gleichauf, unterhandelte hinter dem Rücken der Streikleitung (Stürmische Pfuirufe.) Auf Grund dieser Unterhandlungen wurde von den Mitgliedern des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins die Arbeit am 25. Mai wieder aufgenommen. Nicht genug damit, der Arbeitsnachweis des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins vermittelte auch noch Arbeitskräfte nach der Firma. (Stürmische Pfuirufe.) Hat doch selbst die Firma Mehlisch in der Arbeitsbeziehung geschrieben: „Wir haben bereits einige hundert Arbeitswillige im Betrieb, und das verdanken wir den Bemühungen des Nachweises der Berliner Metallindustriellen und den Bemühungen des Nachweises des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins.“ Doch der Dank sollte aus den Reihen der Hirsch-Dunderschen erstehen, konnte Herr Gleichauf nicht umhin, er mußte auf Drängen seiner Mitglieder bei der Fabrikleitung abermals vorstellig werden. Und da wurde dem Herrn die Tür geöffnet. (Stürmische Pfeilerkeit.) Eine Organisation, welche sich derartiges zu schulden kommen läßt, kann nicht als unserer Bundesbruderschaft für würdig gehalten werden. Diesen Herren kann bei einem Streik nie das Vertrauen entgegengebracht werden, welches unbedingt erforderlich ist, um einen Kampf mit dem Kapital siegreich zu Ende zu führen. (Stürmischer, minutenlanges Weisfall.) Nachdem die Versammlung 10 Minuten vertagt, erhielt Herr Gleichauf-Berlin das Wort. Er führte aus: Auch im Deutschen Metallarbeiter-Verband sei nicht alles so rosig, wie es sein soll in einer Arbeiterorganisation, welche den Kampf mit dem Unternehmertum, genau so wie der Hirsch-Dunderscher Gewerbeverein, zu führen habe. (Siehe Mehlisch.) Auch in den Reihen der Verbändler seien Strömungen vorhanden, welche mit der Zeitung nicht zufrieden seien. Der Kampf, welcher entfaltet würde, um den Gewerbeverein zu vernichten, sei ein Schlag ins Wasser. Die Verbändler sollten diesen Kampf lieber aufgeben und ihr Augenmerk besser auf das feste Wachsen der Unternehmervorgänger richten, anstatt immer wieder auf die vermeintlichen Fehler der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine hinzuweisen. Das sei es ja gerade, was die Führer der Gewerkschaften beachtlichen. Zudem sei immer wieder auf die Fehler der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine hinzuweisen, suchen sie ihre eigenen Fehler zu vertuschen. (Gelächter.) Auf die einzelnen Fälle einzugehen, liege für ihn keine Veranlassung vor; erwähnen wolle er nur, daß auch Herr Cohen nicht alles wissen könne, was in einzelnen Fällen in seiner Organisation vorgehe. Denn wisse er das, dann würde er einzelne Fälle im Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein nicht so breittreten. Was den Streik bei Mehlisch anbetrifft, so seien selbst Herrn Cohen Fehler über Fehler unterlaufen, indem in einer Versammlung ihm der Vorwurf von Herrn Litkin gemacht wurde, er, Cohen, habe den Streik zu sehr nach seinem Gefühl geleitet. (Das ist absolut unrichtig.) Sie sehen also, daß auch in den eigenen Reihen Herr Cohen sehr abfällig beurteilt worden ist (vollständig aus der Luft gegriffen). (Stürmische Unterbrechungen.) Meine Stellung zu dem Streik war klar vorgezeichnet. Die Firma Mehlisch fragte in unserem Bureau an, ob nicht ein Vertreter des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins zwecks Verhandlung vorstellig werden wolle, und da wurde mir der Auftrag erteilt, bei der Firma vorstellig zu werden. Ich ging natürlich hin! Oder glauben sie, bei uns herrscht nicht so viel Disziplin, daß wir einen Auftrag nicht sofort ausführen? (Lautes Gelächter. Zuruf: „Hinter dem Rücken der Streikleitung.“) Die Zugeständnisse, die mir gemacht wurden, waren derart, daß ich meinen Mitgliedern die Aufnahme der Arbeit anriet. (Stürmische Zwischenrufe.) Was nun das Vermitteln von Arbeitern von unserem Arbeitsnachweis anbetrifft, so wurden nur fünf oder sechs Arbeiter nach Mehlisch vermittelt. (Die Tatsachen beweisen, daß die Hirsch-Dunderscher sich bis zum Schluß redlich Mühe gegeben haben, recht viel Streikbrecher zu liefern.) Nachdem bekannt wurde, daß die Fortführung des Streiks seitens der Verbändler beschlossen worden war, ist die Vermittlung sofort eingestellt worden. (Das ist nicht wahr!) Daß der Streik verloren gegangen sei, wäre nicht der Fall. Es seien ganz beträchtliche Zugeständnisse gemacht worden. Auch wäre ihm nicht bewußt, daß er bei der Firma nachträglich hinausgewiesen sei. Wichtig wäre, daß ihm ganz höflich gesagt worden sei, augenblicklich sei nichts mehr durchzuführen. Redner fordert die Anwesenden auf, den Kampf gegen die Hirsch-Dunderschen, der zu einer wüsten Heße ausgeartet sei, nicht mitzumachen, denn Einigkeit führe nur zum Siege, wenn es gilt, dem Kapital bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abzurufen. Weinheber-Hamburg fragte den Redner, wo denn die Erfolge seien, die der Hirsch-Dunderscher Gewerbeverein aufzuweisen hätte. 35 Jahre bestanden die Gewerbevereine, doch müßte ein vollständiger Stillstand konstatiert werden; während der Deutsche Metallarbeiter-Verband in seinem nun 13-jährigen Bestehen 160.000 Mitglieder aufzuweisen habe, nachschier der Gewerbeverein der Hirsch-Dunderschen Maschinenbau- und Metallarbeiter mit 4000 Mitgliedern auf. Den Hirsch-Dunderschen sei der Weg klar vorgezeichnet. Dieser Weg sei nur völliger Anschluß an die freien Gewerkschaften; nur dann wäre Gewähr dafür geboten, dem Unternehmertum geschlossen und einig den Sieg abzurufen. (Weisfall.) Nachdem noch ein Herr Schmalksch einige verdorrten Zeug vorgebracht hatte, konstatierte Cohen im Schlußwort, daß Gleichauf, um den Streik bei Mehlisch vollständig herumgegangen sei. Die Gelegenheit, den Fehler wieder gut zu machen, habe sich noch geboten, als das Gewerbeamt angerufen worden sei. Doch hätte Herr Gleichauf erscheinen müssen, um den Fehler gut zu machen. Statt dessen war Herr Gleichauf von Berlin abgereist. Die Verhandlung vor dem Gewerbeamt mußte deswegen vertagt werden; Herr Gleichauf wurde auch davon benachrichtigt, und wir in Berlin waren heute noch, daß Herr Gleichauf erscheinen soll. (Stürmische Entrüstung.) Sie sehen also, daß der Kampf gegen den Generalrat der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine vollst berechtigt ist. Nicht den Mitgliedern des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins gilt dieser Kampf, sondern nur dem Generalrat, welcher sich nicht entblödet, bei jeder sich bietenden Gelegenheit seine Arbeiterfeindschaft offen auszusprechen. (Stürmischer Weisfall.) Am Schluß der von etwa 800 Personen besuchten Versammlung wurde folgende Resolution mit übergroßer Mehrheit angenommen: Die Versammlung erklärt, nach allen Vorkommnissen und dem Verhalten der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine können die Anwesenden kein Vertrauen zu der Versicherung der Gewerbevereine, auch die Interessen der Arbeiter zu vertreten, haben; sie betrachten vielmehr das Verhalten der Gewerbevereine als im Interesse der Unternehmer liegend und gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet. Dies muß deshalb als Verrat an der Arbeiterchaft bezeichnet werden. Die Versammelten erklären deshalb, nur für die Ausbreitung und Kräftigung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes als die allein die Interessen der Metallarbeiter wirksam vertretende Organisation zu wirken. — In der letzten Nummer des Regulator befindet sich eine Notiz über diese Versammlung. Diese Notiz rührt zweifellos von Gleichauf selbst her und „riecht“ stark nach Eigenlob. Sodann wird jeder Zeilnehmer der Versammlung uns zumittimen, wenn wir, veranlaßt durch das in der Notiz verzapfte krause Zeug, ausrufen: Unfinit! Dein Name ist Gleichauf! (Der Einsender.)

Frankfurt. Am 9. Juli hielt die Zahlstelle Augsburg des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ihre regelmäßige Quartalsabrechnung ab, welche gut besucht war und bedeutende Fortschritte aufwies. Dem Geschäft- und Kassenbericht des Geschäftsführers Bernthaler ist folgendes zu entnehmen. Das abgelaufene zweite Quartal ist wohl eines der arbeitsreichsten. Die Eröffnung eines Verbandsbureaus sei eine unumgängliche Notwendigkeit gewesen und heute nach kurzer Dauer sei überall Befriedigung über die Einrichtung desselben, um so mehr, da es vortreffliche Dienste leistet. Die heutige Arbeit könnte ohne Bureau nicht erledigt werden. Die En-

hebung eines wöchentlichen Extrabeitrags von 5 Pf. habe nicht die geringsten Schwierigkeiten bereitet und sind die sehr wenigen Ausstritte deswegen nicht zu nennen. Wohl aber habe gerade der Extrabeitrag läuternd gewirkt und ist auch die Mitgliederzahl gestiegen, welche am 1. Juli 1913 betrug, wovon 45 weibliche Mitglieder sind. Damit sei nun wieder bewiesen, daß höhere Beiträge dem Verband in seiner Entwicklung nicht hindernd, sondern förderlich sind. Die verkauften Beitragsmarken betragen 12077, das ist 11,9 pro Kopf und Quartal. Auf dem Papier werde niemand geführt, sondern nur prompte Zahlung gesehen. Die Zahl der Extrabeiträge seit Erhebung sind 5497. Einnahmen und Ausgaben der Hauptkassa bilanzieren mit 5651 Mk., diejenigen der Lokalkassa mit 2187,21 Mk. An der Spitze der Bewegung stehe diejenige bei der Firma Kleinbienst & Co., bei welcher wir günstig abgeschlossen haben und in Versammlungen sowie in der Presse genügend berichtet sei. Ihr folgten eine Reihe kleinerer Bewegungen mit mehr oder weniger Erfolg, auch wurden eine Reihe sonstiger Angelegenheiten zur Zufriedenheit geregelt. Die Arbeiten der Organisation seien planmäßig und wohl vorbereitet worden und er ersuche auch für die Zukunft um allseitige Unterstützung. Hierauf besprach Redner das Verhältnis zu anderen (gegnerischen) Organisationen und erklärte, daß in jüngster Zeit daselbe statt Schiffsbruch gelitten habe. Nicht die jetzigen Referate auswärtiger Geschworen hätten dies herbeigeführt, diese können uns nicht tangieren, sondern Verrat, Denunziation und Niedertracht der Geheimnisse sei es, welche jegliches Zusammengehen ausschließen müsse. Unsere Forderungen seien deshalb nicht in Gefahr und werden nach wie vor durchgedrückt werden. Im übrigen sei es nicht angebracht, die Mitglieder im allgemeinen darunter leiden zu lassen, sondern nur die betreffenden Herren stark auf den Korb zu nehmen. Einer sei es besonders, welcher wider alles Herkommen wirte. Dieser achte nicht einmal gemeinsame Beschlüsse von Vertretern beider Organisationen, denen er selbst zugestimmt hat. Ferner entblöde er sich nicht, unsere Mitglieder in öffentlicher Metallarbeiterversammlung zu denunzieren und schwarz anzumalen. Außerdem wird es wohl auch dem Gleichen zuschreiben sein, daß die Arbeiter eines hiesigen Betriebs anstatt weniger Überstunden pro Woche jetzt eine Stunde mehr machen können. Solche Leute wollen sich dann noch Achtung erhalten und wie anständige Menschen behandeln sein. Dies sei aber ausgeschlossen und Redner habe es dem Betreffenden schon fühlen lassen. Dem ganzen jetzt der Herr aber die Krone dadurch auf, daß er in Gansstakt und wie eben mitgeteilt wird, in Noth a. S., mit großartigen Lügenberichten haufiger geht und in letzterem Orte seine eigenen Mitarbeiter in der Öffentlichkeit herabzieht. Das ganze Verhalten jener Herren zeige aber, daß mit solchen Leuten anständige Menschen nicht gehen können. Zum Schluß forderte Redner zu tatkräftiger Propaganda für den Deutschen Metallarbeiter-Verband auf. (Gehefter Beifall.) Die stattgehabte Diskussion brachte noch weiteres Material bei und wurde der Fortschritt allgemein begrüßt. Es folgte nun der Gewerkschaftsvereinsbericht, welcher lebhaft diskutiert wurde. Nach einigen geschäftlichen Angelegenheiten war die Tagesordnung erschöpft. Metallarbeiter Augsbürg! Kafflos an die Arbeit und vorwärts geht es trotz alledem! Uns zum Schutz und unsern Freunden zum Trutz! — Auf unsere letzte Monierung betreffend die Firma Oberle & Co. hat nun dieselbe ihren Arbeitern je nach Verdienst für den fraglichen Nachmittags 30, 40, 50 und 60 Pf. nachbezahlt. Der alte Herr Kommerziant entschuldigte sich damit, daß dem Lohnverweigerer ein Verstum unterlaufen sei. Tatsächlich hat aber unser Artikel die Nachzahlung veranlaßt und dies, Arbeiter bei Oberle & Co., merkt euch wohl und zieht daraus die richtige und notwendige Konsequenz: Organisiert euch!

Bamberg. Es ist wahrlich die höchste Zeit, daß hierorts ein anderer Wind weht und daß die hiesigen Metallarbeiter es endlich einsehen lernen, daß die Verhältnisse keineswegs rosig, sondern im Gegenteil sehr verbesserungsbedürftig sind. Alle möglichen Mittel wurden seit Jahren angewandt, um die Mitgliederzahl am Orte zu heben, aber leider mit wenig Erfolg. Alle Versuche scheiterten an der Interesslosigkeit der hiesigen Metallarbeiter und an deren Liebhaberei für alle Klubb- und Turnvereine, deren wir in Bamberg nur zu viel haben. Wir versuchten es nun mit Werkstattversammlungen mit dem Erfolg, daß die Mitgliederzahl von 52 auf 122 stieg. Wir versuchten ferner den Mitgliedern bessere Löhne zu erringen und erreichten durch Verhandlungen des Bezirksleiters, Kollege Eschner, und des Kollegen Gasteiger bei der Firma Grams & Thomas einen kleinen Erfolg durch Erhöhung der Löhne. In einer anderen Werkstatt wird in aller nächster Zeit die Kommission vortreten, um auch hier einiges zu erreichen. Was die Lohnverhältnisse der hiesigen Metallarbeiter anbelangt, so sind dieselben miserabel und kann es nicht schaden, die in den genannten Betrieben herrschenden Zustände und Lohnverhältnisse der Öffentlichkeit zu übergeben. Bei Grams & Thomas sind beschäftigt circa 35 Personen, von denen 30 der Organisation angehören. Die Löhne schwanken zwischen 2,80 Mk. und 3,20 Mk., und zwar ist der höchste Lohn für Former 23 Jahre im Geschäft 3,90 Mk., 33 1/2 Jahre im Geschäft 3,30 Mk., 23 Jahre im Geschäft 3,30 Mk., 17 Jahre im Geschäft 3 Mk. z. Tagelöhner 8 Jahre im Geschäft 2,60 Mk., 8 1/2 Jahre im Geschäft 2,65 Mk. Hochschleuderer sieht es aber bei Sanghammer aus. Dort sind ebenfalls circa 32 beschäftigt und 22 organisiert. Die Löhne sind derartig niedere, daß alle Former höchstens 20 Mk. pro Woche verdienen, meistens gehen die Leute aber mit einem Lohne von 18, 16, ja 13 Mk. nach Hause. Doch ist dies noch hoch gegriffen, denn Löhne wie 24, 23, 21, 19, 14 Pf. pro Stunde sind keine Seltenheit. Daß bei solchen Verhältnissen die Kollegen es begreifen müssen, daß Organisation notwendig ist und daß Wandel geschaffen werden muß, sollte man nicht bezweifeln, aber tatsächlich sind dieselben seit Jahren in diesem Sumpfe gestekt, und nur die fortwährende Erzigung der Lebensmittelpreise und Wohnungswerte z. zwang sie einmal zum Nachdenken. Hoffentlich hält dieser günstige Wind an und bleiben die Kollegen der Organisation treu, dann werden wir auch in Bamberg menschenwürdige Zustände schaffen können. Also, Metallarbeiter Bambergs, hinein in die Organisation! Schultet an Schultet gekämpft für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse! Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Breslau. Das ist die Stener der Wahrheit des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, bemerkt eine Hirsch-Große namens H. Orjunal in Nummer 29 des Regulator und „beweist“, daß die in der Metallarbeiter-Zeitung Nummer 28 veröffentlichte Mitgliederzahl des Metallarbeiter-Verbandes mit 1990 zu hoch ist. Herr Orjunal folgert aus dem in der Breslauer Koltschwaß veröffentlichten Bericht der allgemeinen Versammlung, in dem 1804 Mitglieder angegeben und von einer Aufnahme von 50 Mitgliedern im ersten Quartal die Rede ist, daß der Metallarbeiter-Verband am 31. Dezember 1903 nur 1704 Mitglieder gehabt haben müßte. Wir nehmen es Herrn H. Orjunal nicht übel, wenn er im blinden Eifer „einer guten Sache zu dienen“ übersehen, daß neben der allgemeinen Versammlung noch eine selbständige Sektion der Metzger in Breslau besteht. Wenn Herr H. Orjunal seine Rechenschaftspflicht noch einmal auf die Probe stellen will, so möge er sich an folgenden Adressen erproben. Er entnehme unserer Jahresabrechnung in Nummer 17 dieser Zeitung folgende Mitgliederzahlen: Breslau allgemein 1762 und Breslau Metzger 238 und beide beides zusammen. Er wird, richtige Rechnung vorausgesetzt, nicht nur die von uns angegebene Zahl 1990, sondern auch noch haben, daß er, Herr Orjunal, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband rund 236 Mitglieder abgezogen hat. Ebenso wird Herr Orjunal, wenn er sich bei seinem Generalrat erasingt, erfahren, daß die Mitgliedslisten, aus denen die Metallarbeiter-Zeitung schöpft, wohl einigen tausend Gewerkschaftsmitgliedern, nicht aber allen Mitgliedern zugesandt werden. Da zu behaupten, daß sie veröffentlicht werden, ist doch unbillig sehr stark — gesteht. Die Redaktion des Regulator verbreitet zu dem Geheißprecht des Herrn Orjunal folgende Anmerkung: Wenn das überal heißt das Metallarbeiter-Verbandes zu gemacht wird, dann ist es kein Wunder, daß von die Mitgliederzahlen „so gewaltig steigen“. Wir haben dies König etwas tiefer, weil sie die „Gewissenhaftigkeit“ der Redaktion beweist, die im Besitz unserer Jahresabrechnung

sehr wohl in der Lage ist zu prüfen, ob ihr Herr Mitarbeiter Recht hat, doch — verleihe nur kühn, etwas bleibt hängen!

Kottbus. Moderne Gewerkschaften oder Hirsch-Dundersche Gewerkschaften? Über obiges Thema referierte hier am 29. Juni der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Legien-Berlin, in einer stark besuchten öffentlichen Versammlung. Der Referent legte in klarer Weise den Entwicklungsgang der Arbeiterbewegung dar und schilderte eingehend das Entstehen der modernen Gewerkschaften sowie der Gewerkschaften, welche, wie Dußende von Weisen dartun, der Gewerkschaftsbewegung gegenüber von der damaligen Fortschrittspartei als Damm errichtet wurden. Dr. Max Hirsch hatte bekanntlich seinerzeit im Auftrag der Fortschrittspartei eine Studienreise nach England unternommen, um die Einrichtung der dortigen Gewerkschaften (Trades Unions) kennen zu lernen und gründete in Gemeinschaft mit Dunder die deutschen Gewerkschaften. Genosse Legien wies ferner auf den damaligen badenburger Bergarbeiterstreik hin, welcher auch mit größeren Geldmitteln von der Fortschrittspartei unterstützt wurde. Der Referent verpflichtete das Märchen, welches die Gewerkschaften immer wieder aufwärmten, daß sie die „Erfinder“ der Unterstützungseinrichtungen seien. Er bewies, daß lange vor dem Entstehen der Gewerkschaften Gewerkschaften (Zigarrenmacher, Putzmacher etc.) Unterstützungseinrichtungen gehabt haben. Der Redner erbrachte ferner an Hand reichen Zahlenmaterials den Beweis, daß die modernen Gewerkschaften jetzt das Vielfache an Unterstützung an ihre Mitglieder zurückbezahlt hätten als es seitens der Gewerkschaften geschehen sei. Damit, meinte der Referent, und ferner aus dem Grunde, daß die Gewerkschaften es trotz ungeführter, friedlicher Tätigkeit in langen 36 Jahren glücklich zu 110.000 Mitgliedern gebracht haben, während die Gewerkschaften trotz Verfolgung durch Polizei- und Staatsgewalt, trotz dieser Kämpfe mit dem Unternehmertum, es zu einer Mitgliederzahl von weit über eine Million gebracht haben, ist bewiesen, daß die Gewerkschaften weder je Bedeutung als Arbeiterorganisationen gehabt haben, noch jemals solche erlangen werden. Es liegt deshalb für die Gewerkschaften kein Grund vor, meinte der Referent, ihre Sonderbedeutung und Eigenbrödelerei („auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung“, wie es in der an Stelle des beseitigten Reverses angenommenen Resolution so schön heißt. D. V.) weiter zu betreiben, denn an einen ernsthaften Kampf mit dem Unternehmertum können die Gewerkschaften mit ihren geringen Beiträgen absolut nicht denken. Sie sind deshalb, zur Dummheit verdammt, gezwungen, zuzusehen, wie die mit Niensenschriften vorwärtsdringende Gewerkschaftsbewegung ihnen einen Erfolg nach dem anderen vor der Nase wegknappst, sowie alle organisationsfähigen Arbeiter vor ihnen hinweg zu sich heranzieht. Der jetzt 1 1/2 stündige Vortrag wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. — Jetzt bestieg der „Korreferent“, Herr Trabert-Berlin, das Podium. Es abfichtlich verneinend, auf den Kern der Sache einzugehen (er fühlte augenscheinlich, daß er dazu zu schwach war. D. V.), vergaberte Herr Trabert die kostbare Zeit mit abgemachten Mägen (zum Beispiel: Ich bin kein Reichstagsabgeordneter wie Herr Legien, sondern nur ein einfacher Schlossergeselle etc.). Er betritt, daß die Gewerkschaften ein Anhängel der Fortschrittspartei seien sowie daß der badenburger Streik mit Geldmitteln von derselben unterstützt sei und füllte im übrigen die Zeit mit langatmigen Ausführungen über Terrorismus der Gewerkschaften und ähnliches Zeug aus. Er führte die Stagnation der Gewerkschaften darauf zurück, daß dieselben außer Dr. Max Hirsch (ihrem Herrgott!) und Redakteur Goldschmidt keine Akademiker in ihren Reihen beziehungsweise zur Unterstützung ihrer Sache hätten, wie dies (wie er schmerzlich bemerkte) bei den Gewerkschaften der Fall sei. „Wir sind nur einfache Arbeiter“, rief Herr Trabert mit Empfindung aus, „und auf uns allein angewiesen; Dr. Max Hirsch kann wegen hohen Alters nicht mehr das leisten, was notwendig ist.“ Draufschrei konnte niemand die Dummheit der Gewerkschaften kennzeichnen als es hier mit diesen Worten einer der ältesten Führer und Agitatoren derselben tat. Herr Trabert hatte inzwischen auch vergessen, daß so gut wie die Gewerkschaften auch keine Rede ein Ende haben müßte. Seine Tagesuhr selbst schien ein Feind alles „modernen“ zu sein, denn sie sagte ihrem Besitzer fälschlich an, daß er noch 20 Minuten Redezeit habe, was er (Trabert) lebhaft propagierte. Da die Versammlung vor Beginn der Diskussion einstimmig beschlossen hatte, Herrn Trabert genau so lange wie Legien reden zu lassen, so mußte Herr Trabert leider „zu früh“ (nach seiner Ansicht!) abschließen. Nachdem noch Kollege Zernicke-Berlin sowie Genosse Neumann-Kottbus gesprochen (der letztere konstatierte, daß der in der „Arbeiter-Zeitung“ angeführte Terrorismus, der seitens der Gewerkschaften gegen die Ständer des „Gewerkschaftsvereins“ zu Kottbus geübt worden sei etc., elender Schwindel sei), wurde die interessante Versammlung nach Annahme einer Resolution, welche die Arbeiter auffordert, sich den modernen Gewerkschaften anzuschließen, welche allein imstande sind, die Interessen der Arbeiterschaft energisch vertreten zu können, mit einem braufenden Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung geschlossen.

Stegau. Am 7. Juli tagte im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Metallarbeiter- und Metallarbeiterinnenversammlung. Bezirksleiter Schlegel-Breslau referierte über den Streik der Brüder bei der Firma Schiller, Inhaber Entel, und die Zustände bei dieser Firma. Bei Eröffnung der Versammlung gab der Bevollmächtigte bekannt, daß der überwachende Polizeikommissar verlange, daß alle Nichtmetallarbeiter den Saal verlassen sollen. Um nicht die Versammlung unvorsichtig zu machen, wurde dem Verlangen stattgegeben, doch wird Beschwerde geführt werden. Der Referent bemerkte, daß schon eine Reihe von Jahren Abzüge von 20 bis 50 Prozent gemacht worden; es wurde sogar verlangt, daß derjenige, welcher über 10 Mk. verdient, nicht mehr erhält respektive ihm abgezogen wird. Recht nett von der Firma, dessen Inhaber sogar noch Stadtvordneter ist. Das konnten sich die Brüder nicht gefallen lassen und legten die Arbeit nieder. Eine vom Bezirksleiter eingeleitete Verhandlung mit dem Fabrikbesitzer zeitigte das Resultat, daß dieser versprach, alles rückgängig zu machen, Untersuchungen anzustellen und eventuell auch Verbesserungen vorzunehmen. Daraufhin nahmen die Brüder die Arbeit wieder auf. Am folgenden Tage machte der „Meister“ Schäfer unwürdigerweise die Bemerkung: „Gestern haben wir den Brüdern einmal Papper was Raal geschmitt, die mögen erst den Arbeitern dies und jenes zeigen und dann fliegen sie hinaus.“ Ein feiner Mann, dieser Meister Schäfer, nicht wahr? Daraufhin legten die Brüder die Arbeit wieder nieder und verlangten, daß keine Arbeiter angelernt würden, schriftliche Abmachung in bezug auf die Löhne u. s. w. Die Antwort, welche die betreffende Kommission erhielt, war folgende: „Herrn... wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß Sie sowie alle Brüder entlassen sind, behufs Abrechnung wollen sie sich einfinden, die Abrechnung von der Kasse erfolgt heute.“ Damit kann Herr Entel seine Leute am wenigsten ärgern, denn tatsächlich werden dort die schlechtesten Löhne von allen gleichen oder ähnlichen Fabriken Deutschlands bezahlt. Als bei den gepflogenen Verhandlungen Schlegel dies dem Herrn Entel ins Gesicht sagte, fand dieser kein Wort der Erwidrerung. Dann ging der Referent zu den in dieser Fabrik herrschenden Lohn- und Arbeitsbedingungen über. Ganzhat sei, daß sich Herr Entel ansties: Wenn der Mann 12 Mk., die Frau 5 Mk. verdiene, könnten sie gut auskommen. Wenn es doch Herr Entel einmal versuchen möchte, mit 17 Mk. eine Woche mit Familie zu leben. An anderer Stelle heißt es: derselbe Herr Entel gefagt, daß ihm die Leute mit so geringem Verdienst nur das Schlabuch vermagklumpfen. In diesem berühmten Lohnbuch sind Wochenlöhne für Männer in Höhe von 12, 10, 9 und 8 Mk. verzeichnet und bei der Frauen kommen Löhne von 3, 2,50 und 2 Mk. vor. Die Frau Entel schlug einem Lehrling auf einer Messingschraube ins Gesicht und mußte dafür nach der Verhandlung beim Schiedsrichter 6 Mk. Schmerzensgeld bezahlen. Das sind idyllische Zustände! Aber auch Herr Entel als Stadtvordneter weiß es mußterweise, fragnis über seinen Bildungsgrad abzulegen. Ausdrücke wie: Dummes Leder, Himmelwände, Schaßstöcke u. s. w. sind bei ihm an der Tagesordnung. Den Meister Krebs bedachte er sogar mit der lebenswichtigen Anekdote: „Sie verfluchtes, dämliches A...“ Nach Herr Entel hatte schon Gelegenheit, vor dem Schiedsrichter zu

erscheinen. Die meiste Schuld an den erbärmlichen Verhältnissen dieser Fabrik trägt wohl der genannte Meister Schäfer. Während er dem Arbeiter, der sich einmal eine Flasche Bier antut, vorher er verkaufe zu viel, geht er zu dem anderen Arbeiter, um sich zu Alkohol zu pumpen. Ein prächtiger Meister, nicht wahr? Die Schluß seines Vortrags erteilte Schlegel dem Vorsitzenden des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins der Metallarbeiter, Grauer, eine gehörige Abfuhr, wegen einer wegwerfenden Äußerung, die dieser nachher Schlegels Ausführungen gemacht hatte. Das Verhalten sowie die rufe der Versammlung dürften dem Harmonieapostel wohl gefallen haben, daß er lieber seine Meißelheit für sich behalten solle. In der Diskussion wurde von seiten des Kollegen Dehmel besonders Frauen ans Herz gelegt, nicht für so einen Hungerlohn zu arbeiten, sie sollten sich aufpassen, damit sie nicht zum Lohnbrüder des Mann werden. Im Schlußwort forderte Kollege Schlegel die Versammlung auf, aus den Vorgängen in dieser Fabrik zu erkennen, daß nur eine große starke Organisation solche Mißstände beseitigen kann. Ein in Sinne des Referats gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme. Sämtliche Redner erklärten sich mit den Drückern einverstanden. Nach einem markigen Appell zum Beitritt zur Organisation schloß der Bevollmächtigte nach 11 Uhr mit einem Hoch auf den Metallarbeiter-Verband die in allen Teilen als gelungen zu betragende Versammlung.

Neuenbors. Am 19. Juni fand hier im Lokal des Herrn Godglück eine öffentliche Metallarbeiterversammlung mit dem Thema: Die gegenwärtige Lage der Metallarbeiter. Der Referent Kollege Karl Wüde-Berlin, wies nach, unter welchem Druck die Arbeiter leiden, daß trotz der vielen Arbeit mancher Arbeiter in unzulänglichen Umständen sei, mit seiner Familie ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Redner betonte nochmals, daß einzig und allein die gesundheitskräftige Organisation das geeignete Mittel sei, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu bessern und zu sichern. Selbst in der hiesigen Lokomotivfabrik seien die Arbeiter nicht auf Kosten gebettet. Dasselbe sind noch Schlosser, welche mit 30 Pf. pro Stunde anfangen müssen und dadurch gezwungen werden, Überstunden zu machen. Mit einem warmen Appell an die Kollegen ersucht Redner, dem Metallarbeiter-Verband beizutreten, um dadurch solchen Übelständen abzuhelfen. In der Diskussion meldete sich als erster Redner ein Herr Schulmacher (Hirsch-Dunderscher) zum Worte, stellte sich als den schlichtesten Mann aus der Werkstatt vor und sagte, daß nicht der Metallarbeiter-Verband derjenige sei, der die Überstunden beseitigt, denn der Vorsitzende der hiesigen Zirkale ließ als Kolonnenführer Überstunden machen. Redner zog dann das bekannte Register vom Terrorismus des Verbandes, von der Unschärfe der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, der Reinemachertraubroschüre und dem täglichen Fiasko machen, mit dem der Metallarbeiter-Verband abgeschnitten hätte, a Herr Schulmacher ging dann persönlich gegen den Referenten sowie gegen den Kollegen Seifert vor und verteidigte sich sogar zu Äußerungen wie grüne Zungen etc. Als auf diese Angriffe die Versammlung ihren Unwillen durch Zwischenrufe kundgab, mahnte der Vorsitzende Kollege Seifert, Herrn Schulmacher mehrere Male zum Anstand, die Kollegen auf's ernste zu Ruhe und Vermeidung von Zwischenrufen, da doch deutlich erkennbar sei, daß der Herr Schulmacher die Versammlung zum Tumult reizen wollte. Kollege Wüde beseitigte die Rufe zu unterlassen, er würde — nachdem er (Redner) den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften nicht angegriffen habe — den Herrn Schulmacher schon eine Abfertigung erteilen werden lassen. Kollege Krohnfeld, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells, führte aus, daß man schon viel von den Hirschen gewohnt wäre, als solche Unanständigkeit, wie die des Herrn Schulmacher, übertrage doch wohl alles früher dagewesene. Wie die Hirsche für die Interessen der Arbeiterschaft wirken, beweihe der Streik der Schuhmacher in der Fabrik von Haase & Nitz am Orte. Denn nicht allein die dort arbeitenden Hirsche seien Streikbrecher, sondern sie reisen auch nach Westpreußen und hollen mehrere Hirsche als Streikbrecher. Ein Vertreter des Zentralvorstandes des Hirsch-Dunderschen hätte erklärt den Streikbrecheragenten aus dem Gewerkschaftsausgeschlossen. Da wäre nicht erfolgt. Da die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften schließlich als geschulte Streikbrecher fungieren, sei es Pflicht eines jeden ehrlichen Arbeiters, für die Gewerkschaften einzutreten, um dadurch die gefährlichen „Arbeiterfreunde“ endlich ihres Einflusses zu berauben. Nachdem noch mehrere Kollegen den Hirsch-Dunderschen gründlich die Wahrheit gesagt und der Herr Schulmacher nochmal zur Verteidigung gesprochen hatte, erhielt der Kollege Wüde das Schlußwort und schickte die Hirsch-Dunderschen samt Herrn Schulmacher so nach Hause, wie es ihnen trotz der großen Niederlagen die sie schon oft erlitten haben, noch nicht passiert sein dürfte. Herr Schulmacher, der sich nun gar nicht mägen konnte, rief immer: „Zur Geschäftsordnung, zur Geschäftsordnung!“ und mußte von den Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht werden, daß es während des Vortrags kein Wort zur Geschäftsordnung gebe und er sich schon auf ein anderes Mal gedulden müßte. Nach Schluß der Versammlung verließ auch Herr Schulmacher mit seinen Gefährten abschlag und gedrückt den Saal, Rache brütend. Diese ließ nicht lange auf sich warten. In der Nr. 27 des Regulator ließen die Neuenborscher Hirsche einen Artikel los, worin man staune über die Meißelheit, gerade das Gegenteil der stattgefundenen Versammlung zu lesen ist und sie sich als die beleidigten aufspielen, und die Worte die Herr Schulmacher gebraucht hatte, auf den Kollegen Wüde schieben. Denn das Wulgeheul, von dem in dem Artikel die Rede ist, ging doch von Herrn Schulmacher und nicht vom Kollegen Wüde aus. Zum Schluß noch ein kleines Beispiel für die Meißelheit der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, die sie sich auf ihre Unterstützungen, einrichtungen zugute tun. Ein früheres Mitglied des Gewerkschaftsvereins zu Neuenbors, das sogar 5 1/2 Jahre dem Gewerkschaftsausgehörte, wurde plötzlich arbeitslos, meldete dieses seinem Kassierer, dieser seinem Vorhänger, dieser aber verbummelte es, was freilich zu entschuldigen ist, denn ein Arbeiter, der täglich von früh bis spät abends zur Arbeit geht, kann auch einmal etwas vergessen. Darum aber dachten die Herren Generalkarte nicht, sondern sie bemühten nur die Arbeitslosenunterstützung von dem Tage, wo sie vom Vorhänger gemeldet wurde. Wüthig hatte der Kollege in den ersten 14 Tagen keine Unterstützung erhalten. Darauf kam der Herr Hartmann und sagte zu dem Kollegen: „Sie können weiter nichts machen als den Antrag auf — Enthebung des gesamten Ortsvorstandes vom Amte stellen.“ Dieses tat nun der Kollege nicht, und der Ortsvorstand mußte unter den Kollegen sammeln gehen, damit der Kollege auch die ersten 14 Tage Arbeitslosenunterstützung erhalten konnte. Da können sich die Herren doch nicht wundern, wenn wir Mitglieder vom Gewerkschaftsaus erhalten, denn besagtes Mitglied ist jetzt ein tätiges Mitglied unserer Organisation geworden, da er auch eingesehen hat wie es mit dem Gewerkschaftsaus steht. Der Schreiber des Artikels in Nr. 27 des Regulator oder vielmehr der Unterschieber des Artikels, wird uns doch nicht glauben machen wollen, daß er den Artikel geschrieben hat. Erstens traut ihm dies keiner zu und hält ihn nicht dazu für fähig, und zweitens sollte er sich schämen, so etwas zu unterschreiben, da es doch weiter nichts als gemeine Lügen sind, wie jeder Versammlungsbesucher einsehen kann des Schreibers weiß. Diese Zeilen werden, denken wir, vorläufig genügen.

Neuenbors. In dem württembergischen Städtchen Neuenbors a. d. Enz besteht die Wägelisenfabrik von Fr. Waldbauer. In dieser Fabrik führen das Zepier die Herren Gebrüder Staub. Im Aufsehen von Wägelisen leisten die Herren außerordentliches. Ein Former hat laut vorliegender Lohnliste in 35 1/2 Stunden sage und schreibe 3,22 Mk. verdient, ein anderer 4,77 Mk., und dabei ist letzterer Arbeiter ein tüchtiger Former, der vorher im Mannheim einen Tagesverdienst von 6 Mk. hatte. Außerdem lassen diese Herren sich noch von den Würtlern das Lot bezahlen, so hat ein Arbeiter an einem Tag 9,32 Mk. für Lot zahlen müssen, ein anderer 8,16 Mk. Des weiteren sind noch so viel Mißstände in diesem „Schorado“, die aufzuzählen wir uns noch vorbehalten; das eine wollen wir der Geschäftsleitung anheimgen, darüber nachzudenken, ob der Profit sich nicht auf andere Art und Weise herauswirtschaften läßt als durch das Zahlen solcher Löhne. Im übrigen bitten wir den Zug von Metallarbeitern sämtlicher Branchen nach Neuenbors a. d. Enz fernzuhalten.

